INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Nr. 280

31. März 1994

VORWORT:

Liebe Leute!

In dieser Woche sind doch noch einige Artikel zu den Repressionen gegen KurdInnen und über deren Kämpfe eingetroffen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse haben wir in dieser Ausgabe den Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt.
An dieser Stelle wollen wir auf die neueste Ausgabe der "radikal" verweisen die Hintergrundinformationen zu Kurdistan liefert.
Ansonsten mußten einige Texte wieder einmal wegen zu schwacher Schrift in den Ordner, so z.B. der Artikel zur "Junge Welt" - Geldeintreiberei.
Der Mexiko - Artikel war ebenfalls als Druckvorlage ungeeignet. Da wir den Artikel aber wichtig finden, haben wir ihn selbst noch einmal abgetippt (Puh!! Absolute Ausnahme!!!)

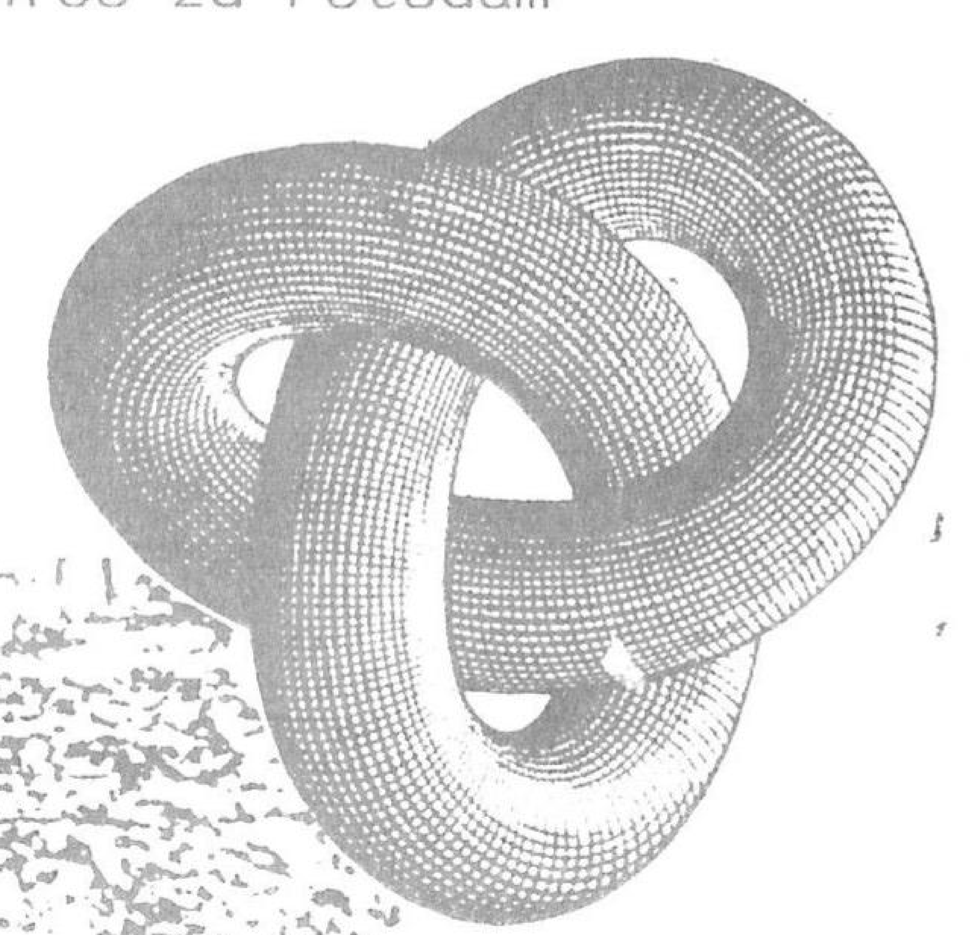
P.S.: Der Aufforderung nach mehr Schoki hättet Ihr ruhig folgen können, diesmal gab es überhaupt keine (Schluchz!!)

INHALT

(Interim 276)

Ordner:

- Inkassodienst im Auftrag der "Jungen Welt"
- Antirassistische Zeitschrift Schwerpunkt: Flüchtlingskämpfe
- Reaktion auf den Artikel "Abseitsfalle für die Antifa"
- Mitteilungsblatt Paderborn Nr. 3/8. Jahrgang
- Atze Sondernummer März 1994
- Offener Brief an die RAF
- NN aus Amsterdam Nr. 157
- Karin Kramer - Verlag gegen Ökolinx
- Infos zu Potsdam



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Wir haben den Text von Voscherau im Hamburger Abendblatt unterschiedlich aufgenommen: Hoffnung, Erleichterung, Skepsis, Mißtrauen, Überraschung. Von Vielen das Gefühl: jetzt müssen wir richtig loslegen. Positiv natürlich: die Duldung des status quo. Wir bleiben in den Häusern, keine schlaflosen Nächte durch Nachtwachen usw. wegen des akuten Räumungsdrucks - sonst hätten wir ab dem 1.März mit Teilräumungen rechnen müssen. Aber: wir können weiterhin geräumt werden, eine Lösung ist zunächst noch nicht in Reichweite.

Dennoch haben viele Leute, mit denen wir reden, Hoffnung auf Bewegung. Wir haben Hoffnung auf Bewegung mit den Leuten.

Offener Brief an Voscherau



Betr.: Ihr Artikel im "Hamburger Abendblatt" vom 25.2.94

St. Pauli Hafenstraße, den 25.3.94

Bürgermeister Voscherau!

Bevor wir auf die Kernaussage Ihres Textes und auf unsere Position dazu kommen, wollen wir einiges gerade rücken, was Sie als "Geschichtsbewältigung" in die Welt setzen. Es würde den Rahmen dieses Briefes sprengen, u n s e r e Sicht der Geschichte darzustellen.

Wenn Sie allerdings für sich die Durchsetzung der "rechtstaatlichen Normalität" in der Hafenstraße reklamieren, fällt auch uns dazu allerhand ein: Hochdruckwasserwerfereinsätze gegen Menschen auf Hausdächern zum Beispiel. Sie erinnern sich: Mai `89. Sie ließen mit 2.800 Polizisten die Freifläche, um deren Bebauung es jetzt geht, von einigen Bauwagen samt BewohnerInnen räumen. Sie wollten an diesem Tag die Gesamträumung samt Abriß erreichen, die Abrißbirne stand schon auf dem Heiligengeistfeld bereit. - In der Phase nach diesem Einsatz entstand übrigens die Neubauidee, als sich einige von uns Gedanken machten, was neu auf dem Platz entstehen und über uns hinausgehen könnte.

Wir könnten lange Geschichten erzählen von Ihrer "rechtsstaatlichen Normalität an der Hafenstraße", von in Betten, Kleiderschränke, Lebensmittel gesprühtem CS-Gas, von Katzen mit gebrochenem Kiefer, von durch Polizeieinheiten zerdroschenen sanitären Anlagen und zerstörten Zimmern. Von Wasserwerfern, die eine viertel Stunde lang durch ein zerschossenes Fenster Elbwasser in Treppenhäuser pumpen, von aus den Fenstern geworfenen Möbeln.

Und, wenn Sie denn schon von "rechtsfreien Räumen" sprechen: Ist es Ihr Begriff von "rechtsstaatlicher Normalität", uns einen Vermieter vor die Nase zu setzen, der uns bei Sanierungsarbeiten an den Häusern auch noch mit Strafanzeigen - und zwar wegen "Sachbeschädigung" (!) - überzieht? Das haben wir gleich mehrfach erlebt: Dirksen erwirkte bei Androhung eines Zwangsgeldes von 100.000 DM einen Baustop gegen eine Lichtschachtverglasung, die wir einbauen wollten, um Heizkosten zu sparen. Und: er ließ mit einem Polizeieinsatz ein Gerüst klauen, mit dem wir eine Fassadensanierung durchgeführt haben. Das durften wir dann gnädigerweise nach Zahlung von 10.000 DM wieder auslösen.

Sie verbuchen für sich als Erfolg, daß Sie mit Ihrer "konsequenten Haltung" dafür gesorgt haben, daß sich "die Verhältnisse geändert haben". Sie zeichnen ein Bild von uns, als ob wir, wenn sich niemand findet, der uns Grenzen setzt, uns nichts schöneres vorstellen könnten, als andere Leute zu "terrorisieren".

Unsere Wahrheit sieht anders aus: wir haben in all den Jahren nie wirklich Raum gehabt, unser Leben hier zu entfalten - alle einzeln für sich und auch gemeinsam. Sie wissen sehr gut, daß wir permanent unter Räumungsdruck leben müssen - Sie waren schließlich immer unter denjenigen zu finden, die die Räumung mit aller Kraft forcierten. Bei der Geschichte von Illegalität, Staatsgewalt und Gegengewalt begeben Sie sich sowohl als Senatsvertreter als auch mit Ihrer persönlichen Geschichte auf ein Terrain, auf dem Sie ausgesprochen schlechte Karten haben.

Alles, was hier passiert ist, hat seinen Platz in dem Spannungsverhältnis zwischen dem Vertreibungsinteresse des Senats und unserem Recht hier zu leben, auch jenseits von Staatsraison und Verwertungskategorien.

Unser Wille hier zu bleiben und die Solidarität vieler Menschen hat es möglich gemacht, daß wir heute in der Lage sind, über den weiteren Lauf der Dinge sprechen zu können.







Sie äußern sich in Ihrem Text zu unserer Zukunft nur sehr vage: die Räumungstitel sollen erhalten bleiben. und die Bürgerschaft soll irgendwann das Urteil über uns sprechen. Unausgesprochen. aber wohl gemeint ist. daß das Eigentumsrecht weiter bei der Hafenrand GmbH verbleibt.

Uns fällt dazu ein:

Nach 12 Jahren verschiedenster Verträge mit dem Senat wollen wir jetzt die Selbstverwaltung. Uns reicht die Geschichte von ungesicherten Verhältnissen mit Räumungsversuchen. Polizeiüberfällen. Prozeßlawinen und Knebelverträgen. Das Mietrecht ist immer dazu benutzt worden. uns zu maßregeln. kleinzukriegen und zu vertreiben. Unsere Energien und Ideen haben weitergehendere Ziele als die ständige Abwehr einer drohenden. existenzvernichtenden Räumung. Deswegen kann es keine neue Vertragskonstruktion mit dem Senat als Eigentümer geben. Das lehrt uns die Geschichte.

Wir wollen die Häuser nicht als Privatbesitz. das ist nicht unser Ding.
Wir wollen eine gesellschaftliche Trägerschaft für die Häuser. Wir wollen. daß die "Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße". in der sich mehr als 650 Menschen zusammengefunden haben. die Häuser und die dazwischen liegenden Freiflächen überschrieben bekommt. und wir wollen sie unter diesem Dach selber verwalten.
Dazu gehört. daß die Verträge mit den Versorgungsunternehmen (Wasserwerke. Stadtreinigung. ...) auf die Genossenschaft überschrieben werden: dazu gehört auch. daß wir ein Sanierungskonzept nach unseren Bedürfnissen erarbeiten und umsetzen.

Wir erwarten nicht. daß der Senat uns die endlosen Arbeitsleistungen bezahlt. durch die wir die Häuser am Leben erhalten - von der Schwammsanierung bis zu ausgetauschten Scheiße-Rohren haben ausschließlich w i r die Häuser instandgehalten. und zwar mit unserem Geld. Diese Arbeitsleistungen sollten wir mit den auf uns zukommenden Gerichts- und Prozeßkosten verrechnen und gut.
Wir erwarten allerdings. daß die Mietzahlungen. die wir jahrelang an Dirksen geleistet haben - und heute sogar immer noch leisten - an uns zurück gehen. damit sie endlich in die Häuser fließen.

Sie knüpfen unsere Zukunft an Bedingungen.

Eventuell sollen wir bleiben können. sagen Sie. wenn wir das staatlich verordnete Neubau-Projekt der Hafenrand GmbH auf der Freifläche neben unseren Häusern hinnehmen. "Die Pläne sind da. und sie sind gut". sagen Sie. "gut für St.Pauli-Süd".
Mit keiner Silbe erwähnen Sie. daß es schon seit länger als einem Jahr konkrete Alternativen zu Dirksen's "sozialem Wohnungsbau vom Feinsten". wie Sie das nennen. gibt:
- Ein Konzept. das über den Aspekt wirklich "sozialen" Wohnungsbaus hinaus auch Werkstätten und Gewerberäume sowie im Viertel dringend benötigte soziale Einrichtungen vorsieht. z.B. eine KITA. eine Stadtteilversammlungshalle mit Stadtteilvolksküche. ein öffentliches Bade- und Waschhaus. Sport- und Musikräume.
- Ein Konzept. das von Anfang an auf ein offenes Einbeziehen Aller ausgerichtet ist. und das sich zur Diskussion und zur Verbesserung stellt.
- Ein Konzept. das Leute aus allen sozialen Einrichtungen im Viertel miterarbeitet haben oder durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft unterstützen: die Pastoren. die Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd. Schulleiterin. Sozialarbeiter und Lehrerinnen und Lehrer der Schule Friedrichstraße. Nachbarschaftsheim und Altentagesstätte. Bücherhalle. Verein Kinderhaus am Pinnasberg. Ärztinnen und Ärzte aus dem Stadtteil. Stay Alive (Drogenberatung) und Aizan (internationaler Frauen-und Mädchenladen). St. Pauli-Archiv und St. Pauli Museum bis hin zu den vielen einzelnen Nachbarinnen und Nachbarn.
"Kein vernünftiger Nachbar kann etwas dagegen haben". sagen Sie zum Dirksen-Projekt. Lauter fehlgeleitete Deppen?

Um es nochmal ganz deutlich zu sagen: Dieses Projekt ist ausdrücklich keine Erweiterung von uns. Es ist auch gar nicht so. daß sich alle von uns mit diesem Bauvorhaben identifizieren. In die Konzeption sind aber auch Erfahrungen aus unserem Zusammenleben eingeflossen. zum Beispiel der Gedanke. die flexibel gestaltbare Grundrißplanung zu ermöglichen.
Und: Für die Selbstverwaltung unserer Häuser und für die Selbstverwaltung des Neubauprojektes gibt es die "Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße" als gemeinsames Dach.

Sie werfen da etwas in einen Topf. was so nicht zusammengehört: Es stimmt zwar. daß es das Projekt wahrscheinlich ohne die Initiative von Einzelnen von uns so nicht geben würde. Aber: Ohne das Engagement. ohne die Kompetenz. ohne die Mitarbeit und Unterstützung all der Menschen und Initiativen aus unserer Nachbarschaft würde es genausowenig leben. Das Bauprojekt ist eine g e m e i n s a m e Initiative von Leuten von uns. von Leuten aus dem Viertel und von Menschen. die das Ganze - unsere Selbstverwaltung und das Neubauprojekt - unterstützenswert finden und sich deshalb in der Genossenschaft zusammengefunden haben.

Ihre Verknüpfung unserer Zukunft hier in den Häusern mit der Bebauung der Freifläche ist unlauter, und zwar in beiden Richtungen: Wir sollen als Aufpasser fungieren, um Protest und Widerstand zu unterbinden - alle anderen sollen Angst haben, sich in die Auseinandersetzung zu stellen, weil sie Räumung und Abriß als Konsequenz für uns fürchten müssen.

Die Freifläche kann schon deswegen kein Verhandlungsgegenstand zwischen Senat und Hafenstraße sein, weil dazu viel zu viele andere Initiativen und Leute an der Entwicklung der Genossenschafts-Konzeption beteiligt sind.

Sie spielen sozialen Wohnungsbau gegen sozialen Wohnungsbau plus Beteiligung des Stadtteils plus soziale Einrichtungen plus Arbeitsplätze aus.

Was kann einem Stadtteil wie St. Pauli denn besseres passieren, als daß sich die Kompetenz und Erfahrung all derer, die die Situation aus eigenem täglichen Leben und täglicher Arbeit am besten kennen, zusammenfindet - und nicht dabei stehen bleibt, nur Mängel zu benennen, sondern Lösungsmöglichkeiten aufzeigt und eigene Konzeptionen erarbeitet?

Und wenn diese Konzeption auch noch das Ergebnis hat, daß Sie 15.000.000 DM (für den Dirksen-Bau) und weitere Millionen DM (mit der Sie die unsägliche, überflüssige und nicht einmal ökonomisch lebensfähige Hafenrand GmbH am Leben erhalten) Steuergelder sparen können: Wie können Sie eigentlich vor denen vielen Leuten, die von Ihren Sozialstreichungen betroffen sind, rechtfertigen, hier Millionen in ein Projekt zu stecken, das in ganz St. Pauli von niemandem gewollt ist und das Sie mit Polizeigewalt durchsetzen müssen?

Warum sperren Sie sich einer inhaltlichen Diskussion unter Beteiligung aller Betroffenen über den Genossenschaftsvorschlag?

Ihre Partei fordert vielerorts Stadtteilkonferenzen, alle reden von Bürgerbeteiligung - warum nicht auf St. Pauli?

Sie kennen sicher das Spottgedicht des großen Dichters dieser Stadt, Heinrich Heine: "Vertraut Eurem Magistrat / Der fromm und liebend schützt den Staat / Durch huldreich hochweises Walten / Euch ziehmt es stets das Maul zu halten."

Gesellschaftliche Probleme lassen sich nicht über die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols lösen. Das geht nur über eine inhaltliche Auseinandersetzung und auf gar keinen Fall dadurch, daß Fakten geschaffen werden, die jede Diskussion überflüssig machen. Darum ist auf jeden Fall ein Baustop auf dem ehemaligen Bauwagenplatz notwendig.

Es liegen Probleme und Fragen auf dem Tisch. Es werden sich ganz sicher sinnvolle und tragfähige Antworten finden lassen, wenn das denn auch von Ihrer Seite ~~gewollt ist~~. Das gilt sowohl für unsere Zukunft in den Häusern als auch für die Frage einer sinnvollen Bebauung der Freifläche.

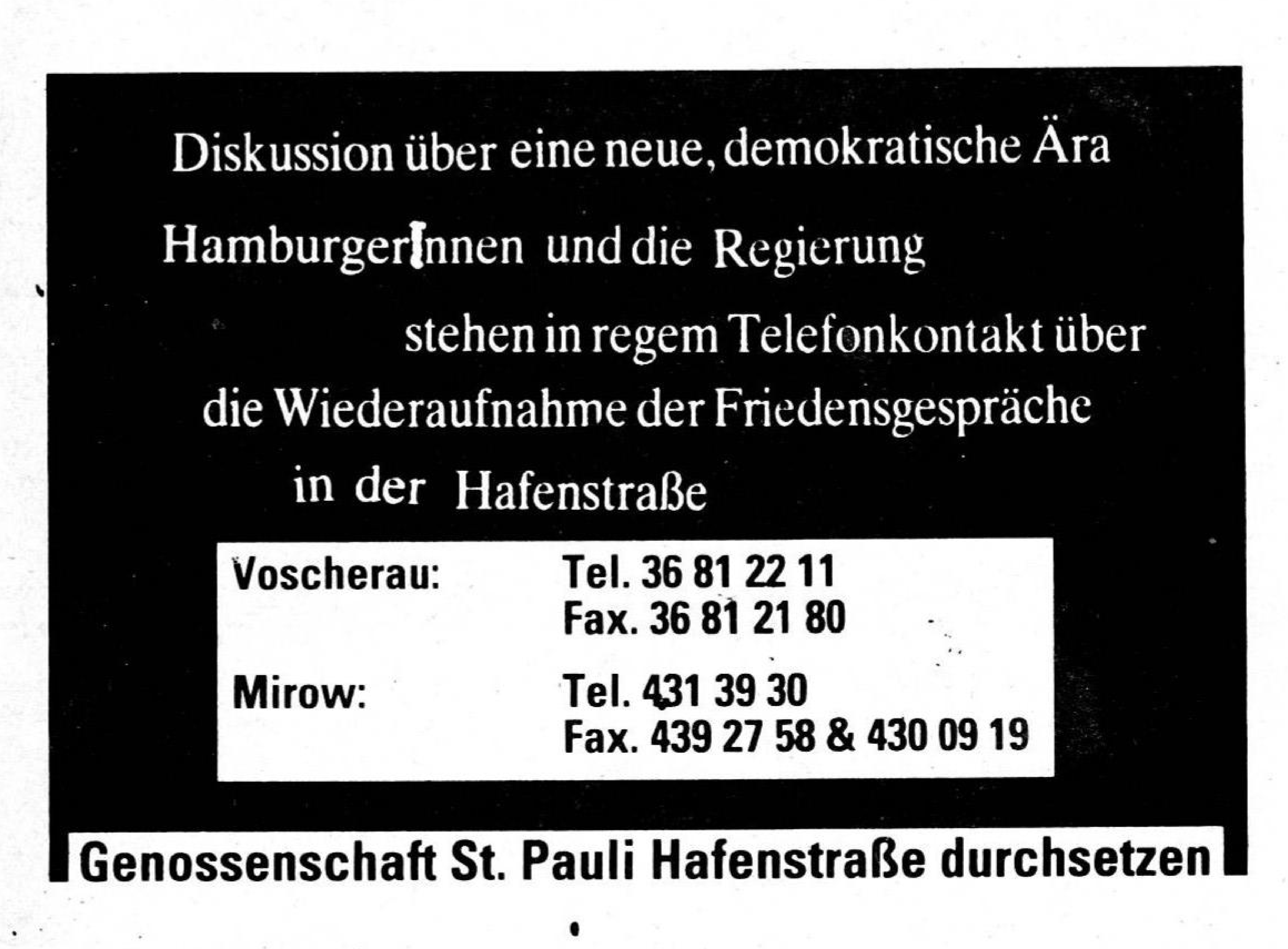
Wir halten das für einen realistischen Weg, sowohl unsere Lebensbedingungen als auch die im Stadtteil grundlegend zu verbessern.

Wir wollen deshalb mit Ihnen reden.


Die Entscheidung über das Bleiben von Menschen an einem Ort in einer Stadt in einem Land ist keine "Chefsache" - sondern Sache der betroffenen Menschen selbst.

Wir grüßen das kurdische Volk!

Plenum der Bewohnerinnen und Bewohner der Hafenstraße







Waschsalon Wiener Straße 'schnell und sauber'

Schnell und sauber haben wir Mittwoch Abend (23.3.) die Scheiben des Waschsalons eingehauen.
Vielleicht fragt ihr euch, was wir ausgerechnet gegen Waschsalons haben? Ehrlich gesagt, gar nichts, im Gegenteil, wir finden sie gut.
Aber wir haben was dagegen, daß die Berliner Wache (bekannt dafür in martialischer Ausrüstung im Kiez zu patroullieren und in Supermärkten Jagd auf LadendiebInnen zu machen) jetzt auch dafür engagiert wurde, den Waschsalon 'sauber' zu halten. Das bedeutet, daß sie mehrmals am Tag dort auflaufen und alle, die nicht eindeutig einer Waschmaschine zuzuordnen sind (vor allem Obdachlose, Junkies und andere die dort abhängen) rauswerfen.
Der Waschsalon in der Wiener ist nicht der einzigste, der die Berliner Wache angestellt hat. Wo mit dem Auftauchen der Berliner Wache zu rechnen ist, erkennt ihr an einem Emblem auf der Scheibe, worauf steht:" Geschützt durch Berliner Wache!".
Wir fänden es gut, wenn die Waschsalonbesitzer durch einige weitere Schäden dazu angeregt würden, die Berliner Wache wieder abzubestellen und alle, die wollen, sich dort wieder aufhalten können.

FGR (Frauen gegen Repressionsorgane)

häh? Gegendarstellung nö

Unabhängig vom Wahrheitsgehalt veröffentlichen wir diese Gegendarstellung. I.

In der Zeitschriftensondernummer "Interim" Ausgabe November 1993, ist auf Seite 2, 3, 8 ff ein Beitrag enthalten, der unrichtige Behauptungen enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

Unwahr ist, daß ich im Jahre 1990 Abonnent der Zeitschrift "Junge Freiheit" war.

Richtig ist, daß ich zu keinem Zeitpunkt Abonnent der genannten Zeitschrift war.

Zu der Behauptung ist zu ergänzen, daß ich im Jahre 1990 im Rahmen meiner Lehrtätigkeit eine Vielzahl von entsprechenden Publikationen wissenschaftlich ausgewertet habe. Ferner ist zu ergänzen, daß ich weder im Jahre 1990 noch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt Abonnent war oder sonstige Beziehungen zu der Publikation "Junge Freiheit" habe.

LÜGE? gemein BÄÄ iih NIE

Bernd W. Rosenberger
Bernd Rosenberger
Pfarrer-Schultes-Weg 5
89077 Ulm

CLASH
Uferstr. 13 / Ecke Martin Opitzstr.
Wedding
U-Bhf Pankstr. U8 oder U-Bhf Nauener Platz U9
Telefon: 462 78 46

Standardöffnungszeiten und feste Termine
Kneipe jeden Tag ab 19.00 geöffnet

Sonntag morgens	ab 11.00 Uhr Frühstück am 3. Sonntag i. Monat veganisch
jeden Montag	um 21.00 Uhr VideoFilm (Film siehe Plan)
1. Dienstag im Monat	Hard Core Abend
jeden Dienstag	21.00 Uhr antifaschistischer Film
jeden Donnerstag	Frauen/Lesben Abend um 21.00 Uhr Video (Film siehe Plan)
1. Samstag im Monat	Heavy Metal Abend
2. - 4./5. Samstag im Monat	afrikanische Musik und Essen

Es steht noch ein Plenumsraum zur freien Verfügung, der ohne Kosten genutzt werden kann: Donnerstags (nur für FrauenLesben), freitags, samstags und sonntagsabend

ドイツ赤軍派(RAF)武装闘争を再開　新設拘置所の施設を完全破壊！

Verlogene 36. Durchsuchung

25.3.94, Erfolgreiche Selbstbedienung

In der

M99 Gemischtwarenladen mit Revolutionsbedarf

Kopierladen,Bücher& Poster,10997 Berlin Manteuffel 99 Tel.6127491,Fax6115021

Am Freitag nden 25.3.1994 gab es nach Oktober 1993,der "verpennten" nun die 36. polzeiliche "verlogene Durchsuchung der Ladengewerbe und -wohnräume, der rollstuhlgerechten Wohnung und des Ladenautos.
Offizieller Grund der Dir VB S.II.1,940203/9001-7,351 Gs 899/94 *,angeordnet von Richter Hagedorn am 21.2.1994 auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom 11.2.1994:*
"Anstiftung zur Sachbeschädigung zum Auffinden des Original-Bekennerschreibens, ..ob die am Tatort sichergestelltenKopie des Bekennerschreibens auf einem Kopierer im Laden des Beschuldigten gefertigt wurde" weil der " Beschuldigte steht in dem Verdacht eines Vergehens nach § 303 StGB. Ihm wird vorgeworfen, bislang unbekannte Täter dazu angestiftet zu haben, die Pkw's Marke Porsche der Geschädigten Marcus Marsollek (Hauseigentümer der Manteuffel 99/waldemar 108,Lausitzer Platz 1 und Pappelallee 64) und Robert Wischer am 31.1.1994 in Brand gesetzt zu haben."
Zur Staatlichen Selbstbedienung im Lden wurde bei der Durchsuchung von 10 Uhr 40 bis ca 12 Uhr eingeholt:

Keine Post
3x Radikal Nr. 148 und 1x Nr 136(die wollte 1991 das BKA nicht haben)
1x Splitter /Antifaschtische Zeitung zu Flüchtlingen
1x Gegen DM_Imperialismus,GNN-Verlag
1x Bahamas Nr.13
1x Antifaschistische Informationen
1x Antifaschistische NRW_Zeitung NR.4
1x Recherche zu Klaus Steinmetz
1x Zeitung für die besetzten Gebiete Nr.2
3x Multimillionär Frey....
1x RAF-Dokumentation,GNN-Verlag
1x Antifaschistische Nachrichten Nr.5,GNN-Verlag
1x Frontblatt Nr.8, GNN-Verlag
1x Angehörigen Info Nr.140, GNN-Verlag
1x Antifaschistische Nachrichten,Register 1993 ,GNN-Verlag
1x Zeitschrift Mit tödlicher Sicherheit (Polizeil.Todesschüsse 1989)
1x Interimordner nicht veröffentlichter Flugblätter ab Oktober 93
1x Interim Nr 266,3x Nr.278
je 1x Fotokopie zweier Aufkleber von KGK
Außerhalb des Ladens wurde dann noch sich selbst bedient mit einer in japanisch abgefassten RAF-erklärung von 1993. "Burst City"
1x Ein Blatt was auch an die Arator-Immobilien Gesellschaft der Marsolleks mit deren Bild aus der Berliner Morgenpost geschickt war.
1x eine Liste mit mehreren 100 geschäftlichen und privaten Telefonnummern
Und ein Radikal-Poster daß auch 1991 das BKA nicht wollte.

Die in solcher Form einzigeartige Vielfalt linksradikaler und Polizeifachliteratur in Form von Zeitschriften und Kopierexemplaren fand sichtlich freudige Anerkennung durch die 8 durchsuchenden BeamtInnen.Deshalb wurde wohl die Beschlagnahme als Erfolg bekreuzt.
Nichtsdestotrotz wurde keine Kopie oder gar Origianal der gesuchten Anschlagserklärung beschlagnahmt oder gar der richterlichen Anweisung Folge geleistet etwa Testkopien an den vier Kopierern anzufertigen um die Anfertigungsmaschine für die Erklärung herauszufinden.
Sicher haben die PolizeibeamtInnen das Vergessen und kommen dann wieder zu einem Freitag um sich auch mit Ihrer Standard-Pflichtliteratur Inter(sch)limm wieder aktuellst versorgen zu können..
Es stellte sich für mich bei der Durchsuchung der Eindruck ein, daß die letzlich aufgeflogenen Spitzelfrauen, die ja auch vergeblich mit mir Büchertisch betreiben wollten, wohl dem Staatsschutz seitdem, zum Einkauf einschlägiger Pflichtliteratur schmerzlichst fehlen.
Fürsorglich wurde für den querschnittgelähmten Ladenalleinbetreiber HG auch Beobachtungsunterstützung durch zwei BeamtInnen des Wirtschaftsamtes mitgebracht.
Am 18.Mai wird der Prozeß gegen HG Lindenau wegen Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz(Mainzerstr 1990 und 1.Mai 1993 Polizeifunkmitschnittprotokolle) am Gericht Moabit stattfinden. es geht dort um den Widerspruch über einen Strafbefehl in Höhe von 4000 DM.
Im Mai 1994 wird die M99 in nächster Nähe einen zweiten Laden eröffnen.
TransporthelferInnen, wie auch selbstlose HandwerkerInnen für Elekrikinstallationen ,Werbetafel,Verkaufstresen Buchregal und mobile rollstuhlfreundliche Rampenherstellung können sich unbekümmert solidarisch im Kopierladen melden.
Die Marsolleks der Arator-Immobilien GmbH planen nach einjährig befolgten von der Hausgemeinschaft M99/Waldemar 108 erteilten Dachgeschoßausbauverbot nun nach leider endlich erfolgter Eintragung ins Grundbuch als Hauseigentümer nun ab sofort Ihren Dachgeschoßausbau zu vollziehen. Die Hausgemeinschaft hat wenig Chancen dagegen, nutzt sie aber vollständig!
Dazu demnächst mehr in Spekulantenklatsch Nr 3

ドイツ赤軍派(RAF)武装闘争を再開
1993.5.25 No.5
BURST CITY
For Revolutionary Resistance
A.R.P
ARP P.O.BOX57 SAKYO KYOTO 〒606 JAPAN

OH WIE GUT DAS NIEMAND WEIß, ...

In den letzten Wochen wurden mehrere Diskussionspapiere zum " Autonomen Kongreß" veröffentlicht, die sich zwar einerseits auch kritisch mit den Kongreßideen auseinandersetzten, aber im Prinzip den Ansatz der Kongreßini nicht in Frage stellen.
Die Auseinandersetzung lautet bisher immer noch : "Wir über Uns" oder "Wir und die Gesellschaft", und als Kompromißvorschlag ein Cocktail.
Es wurde auch der Widerspruch zwischen laufender Diskussion und der parallelen Vorbereitung durch eine kleine Gruppe von , vor allem, westberliner Männer thematisiert, auch die Kluft zwischen dem Anspruch eines bundesweiten Kongreßes und der Realität der westberliner Ini. Sicher muß ein Kongreß organisatorisch langfristig geplant werden, aber es entsteht der Eindruck, daß eine feste inhaltliche Vorbereitungsgruppe arbeitet und andererseits immer wieder rethorisch betont wird, alle Gruppen sollen sich doch bitte beteiligen. Die Erfahrungen zeigen doch das dies so nicht geht. Haben die "Autonomen", die die Kongreßini in`s Leben gerufen haben Angst davor, daß sie nicht mehr das letzte Wort haben...
Wenn es wirklich darum gehen soll, die verschiedensten Gruppen und Einzelpersonen, die wie auch immer, sich gegen das bestehende System und die gesellschaftlichen Normen wenden und leben, zusammenzubringen und die Perspektiven von Widerstand und Gegenmacht von unten klarzukriegen, muß ganz neu mit der Vorbereitung angefangen werden.



Es interessiert eben Antifa-Gruppen, ostdeutsche "Autonome", nichtdeutsche Gruppen, Gewerkschaftsgruppen, Stadtteilgruppen, Antimilitarismusgruppen, e.t.c. nur bedingt, wie westdeutsche "Autonome" mit ihrer middlifecrisis umgehen. Wenn sich der Begriff "autonom" nicht auf die "autonome Szene" bezieht, wie in einigen Beiträgen behauptet wird, dann streicht doch einfach diesen Begriff, denn er kommt bei Nichtautonomen immer nur einseitig an und bei euch doch auch. "Westautonome" wehren sich schon immer energisch gegen den Vergleich mit den autonomen, unabhängigen Friedensgruppen und Menschenrechtgruppen in der ehemaligen DDR.
Interessant sind in den letzten Kongreßpapieren der Bezug auf die Entwicklung um 1989 und die damit typischen erschreckenden Analysen.
Dies ist ein spannender Punkt, an dem sich die verschiedenen Gesichtspunkte verdeutlichen lassen.
Es lassen sich die zwei verschiedenen Herangehensweisen besser herausarbeiten, wenn klar wird, was ist anders im Vergleich der Jahre 1984 und 1994, einerseits bei uns und andererseits in der Gesellschaft und unter internationalen Gesichtspunkt.
Die Entwicklung von "linker Gegenmacht von unten" im Westen und Osten ist teilweise völlig unterschiedlich, nicht nur was das Leben betrifft, sondern auch die Analysen zur Entwicklung in der jeweiligen Gesellschaft.



Im Osten: 1994 existieren mehr -linke Zeitschriften, Infoblätter
- besetzte oder gemeinsam bewohnte Häuser und Läden
- Stadtteil- und Gewerkschaftsgruppen
- Demonstrationen und Aktionen
- leben noch mehr Leute aus der "Szene" durch bezahlte " Erwerbslosigkeit"

als 1984. Von einer Krise der "Autonomen" kann in Ostdeutschland nicht geprochen werden. Gerade in den letzten Monaten zog in einigen Ostregionen frischer Wind ein, neue Hausbesetzungen (Potsdam, Gera, Altenburg) oder Schaffung "Autonomer Zentren" (Plauen); Vernetzung verschiedener Antifagruppen; neue Zeitschriften (Plauen, Gera, Weimar, Dresden) und nicht zu vergessen die Diskussion über "lokale Ökonomie" als Ansatz gegen die bestehenden, scheinbar unangreifbaren kapitalistischen Marktstrukturen. Natürlich sagt das noch nicht viel über die gesellschaftliche Relevanz aus.
Im Westen ist die Tendenz genau umgekehrt. Wenn es eine "Krise der Westautonomen" wirklich gibt und das auch noch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks zu tun haben soll, bedeutet das wirklich, daß es keine einheitliche Gegemacht von unten gibt, geschweige denn eine "autonome".



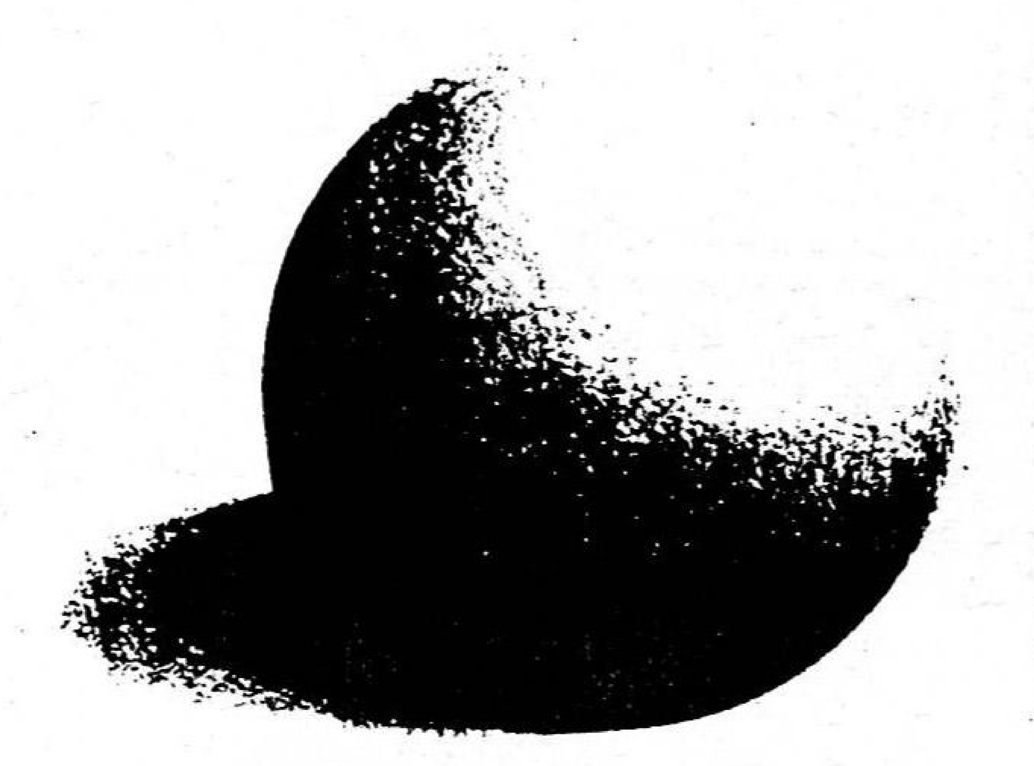
Im Gegensatz dazu die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mit den bekannten Erscheinungen: Arbeitslosigkeit, Rückübertragung von Wohnhäusern, Mieterhöhung, Rassismus,...
International, durch Wegfall der Zwei Blöcke Weltordnung, neue oder wieder aufbrechende Krisen und Kriege, Verschiebung der Weltmärkte und die damit verbundenen Erscheinungen.
Eine Neudefinierung der jetzigen internationalen Situation und dem Einfluß der Entwicklung in der neuen BRD, ist bisher viel zu kurz gekommen.
Worüber soll es also auf dem Kongreß gehen. Um gesellschaftliche Utopien und das was heute schon möglich ist ?... Oder doch nur autonomes Wundenlecken !





käthe kollwitz





Autonom durchs Automobil - ein Mißverständnis!?
Stadtteil- und Verkehrspolitik im revolutionären Kampf

Wir, einige Mitglieder der Ini gegen den Ausbau der Oberbaumbrücke, schlagen für den Autonomen - Kongress im Herbst eine Arbeitsgruppe zum Thema "Mobilität und Verkehr" vor und möchten hier ein paar erste Thesen und Fragen zu diesem Thema vorstellen.
Die Überlegungen haben mit unseren Erfahrungen im bisher zweijährigen Kampf gegen den Brückenausbau zu tun, an dem inzwischen nur noch wenige teilnehmen. Wir mußten uns mit der Frage auseinandersetzen, warum Verkehrspolitik für die radikale Linke schon immer ein weniger interessantes Thema zu sein scheint.

1. Mobilität und damit motorisierter Verkehr ist eine der Hauptlebensadern des Kapitalismus. Mobilität bedeutet dabei, jedes gewünschte Ziel in der kürzestdenkbaren Zeit erreichen zu können.

2. Mobilität und Schnelligkeit sind in allen Lebensbereichen zur gesellschaftlichen Norm geworden: schneller reisen, schneller arbeiten, schneller kommunizieren, schneller leben. Das ist unmittelbare Folge der ausschließlichen Ziel- und Erfolgsorientiertheit aller Handlungen und Notwendigkeit für die ständig beschleunigte Kapitalumwälzung.

3. Linksradikale, autonome Menschen haben im allgemeinen ein ungebrochenes Verhältnis zu Mobilität und Schnelligkeit: wenn ein Auto da ist, wird es auch benutzt; wer mitten im Winter Lust auf Sonne hat, fliegt in einen anderen Erdteil, auch wenn es für eine Woche ist.

4. Die wachsenden Angebote an Verkehrsmöglichkeiten, sowohl im Nahverkehr wie auch im Reiseverkehr, lassen die Bedürfnisse wachsen, schnell mal woanders hinzufahren.

5. Die beschissenen Lebensverhältnisse hier, ganz wesentlich auch Dreck und Krach durch den Autoverkehr, dienen als Rechtfertigung, die angebotenen Möglichkeiten wahrzunehmen. Anstatt die lebensbedrohlichen Verhältnisse im eigenen Wohnumfeld zu bekämpfen, flieht mensch bei Bedarf lieber ins Umland oder auf die Kanaren - und trägt so mit zur Erhöhung des Verkehrsaufkommens und zur weiteren Verschlechterung der allgemeinen Lebensverhältnisse bei.

6. Verkehrspolitik war und ist für den größten Teil der autonomen Szene unattraktiv. Ihr haftet etwas von Aussteiger-Image, Verweigerungshaltung und Reformismus an. (Woran liegt es?) Hinzu kommt, daß alles, was gegen den Individualverkehr gerichtet ist, unweigerlich zum Keil zwischen der autonomen (Mittelstands-)Linken und dem Proletariat wird.

7. Richtig begründet und in den richtigen Zusammenhang gestellt, wird Verkehrspolitik , die im weitesten Sinne natürlich auch Stadtteilpolitik ist, aber zum zentralen Angriff auf das Funktionieren des Kapitalismus und somit durchaus von Interesse. Kampf gegen neue Straßenprojekte heißt in Konsequenz auch, Kampf gegen das Auto und somit gegen die Produktion derselben, diese ist eines der wesentlichen Standbeine des herrschenden Wirtschaftssystems.

8. Die Linke in der Metropole akzeptiert Mobilität und Schnelligkeit als Kriterien für den eigenen Alltag und wendet sich von kiezbezogener Politik ab, gleichzeitig bewundert sie neue, stadtteilbezogene Ansätze im Trikont, wie neuerdings bei den Tupamaros in Uruguay.

9. Erst wenn die Projektion revolutionärer Phantasien in ferne Länder und auf das Ausweichen in die Möglichkeiten unbegrenzter Mobilität verzichtet werden könnte, kann Stadtteil- und Verkehrspolitik auch im Rahmen revolutionärer Politik wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Dann wäre sie nämlich unumgänglich.

10. Zu gewinnen gäbe es dabei, die hier vorhandenen, bedrohten oder verschütteten Lebensqualitäten neu zu entdecken und zu verteidigen.

11. Um zu diesem bewußten Verzicht fähig zu sein, wird es erforderlich sein, herauszufinden, was in der linken Szene den Reiz von Mobilität und Schnelligkeit ausmacht.

12. Dem Wunsch, schnell-beweglich zu sein, liegt ein Fluchtreflex zugrunde. Der ist auch bei den Autonomen ausgeprägt. Viele sind aus der Provinzstadt, aus der Enge, in die Metropole geflüchtet, von der fehlgeschlagenen Metropolen-Politik zu den Trikont-Kämpfen, usw. Auf jeden Fall immer wieder in die Weite, das Unbestimmte und Unverbindliche.

13. Wer immer abhauen kann, braucht sich um die Folgen seiner Handlungen wenig Gedanken zu machen. So fördert Mobilität die Verantwortungslosigkeit.

14. Dabei haben viele längst die Erfahrung gemacht, daß es woanders auch nicht anders ist und daß die mit Schnelligkeit angegangenen Ziele doch nicht schneller erreicht werden.

15. Rückbesinnung auf die Bedeutung von Stadtteil- und Verkehrspolitik für den revolutionären Kampf heißt zu akzeptieren, daß der revolutionäre Weg aus vielen kleinen Schritten besteht.

Mensch Peter, bist du denn blöd ?!

Peter Hellmich ist uns vor ca. 2 Monaten das erste Mal begegnet. Auferstanden aus den Tiefen seiner kleinbürgerlichen Geschäftemacherei mit Scheißhausartikeln, glaubt er jetzt nach Größerem greifen zu können. Ein Häuschen ist sein Traum, dazu noch ein eigenes, in zukunftsträchtiger Lage, am liebsten ganz billig, weil es ja bewohnt ist und das auch noch von Leuten wie uns !
Ja, Ja die Pali 49 sollte es sein !!
Nachdem Lord Helmchen uns vor 2 Wochen schon genervt hat, indem er versuchte zusammen mit einigen nicht so vertrauenserweckend aussehenden Herren der Bankenmafia unter Bullenschutz eine Versammlung in unserem Erdgeschoß stattfinden zu lassen, bricht er schon wieder in unsere Privatsphäre ein.

ER WILL UNS RAUSSCHMEISSEN !!

Vor einigen Tagen flatterte uns ein Papierchen ins Haus, auf dem er uns mitteilen lies, daß wir *sein* (nix da, **unsa** !) Haus bis Montag den 21. März 94 zu verlassen hatten, ansonsten würde er uns wegen Hausbefreiungsversuch der Justiz übergeben. Inzwischen sind auch die drei Werbetafeln verschwunden, die einst unsere Brandmauer schmückten. Wir vermuten, auch Hellmichs Werk. Eigentlich könnten wir ihm ja ganz dankbar dafür sein, wir mochten sie ja selber nicht, wenn wir nicht davon ausgehen müßten, daß dies der erste Schritt dazu ist, an unserem Haus rumzusanieren.
Wer, wie, wo und wann an unserem Haus rumpfuscht bestimmen immer noch wir und daß wir unseren Lebensraum, den wir seit einigen Jahren recht gutgelaunt bewohnen nicht verlassen, ist sowieso klar. Zu klären wäre noch, wie lange Peter Hellmich uns noch ärgern will und das geht nur bei ihm!

Peter Hellmich Sanitärfachgroßhandel

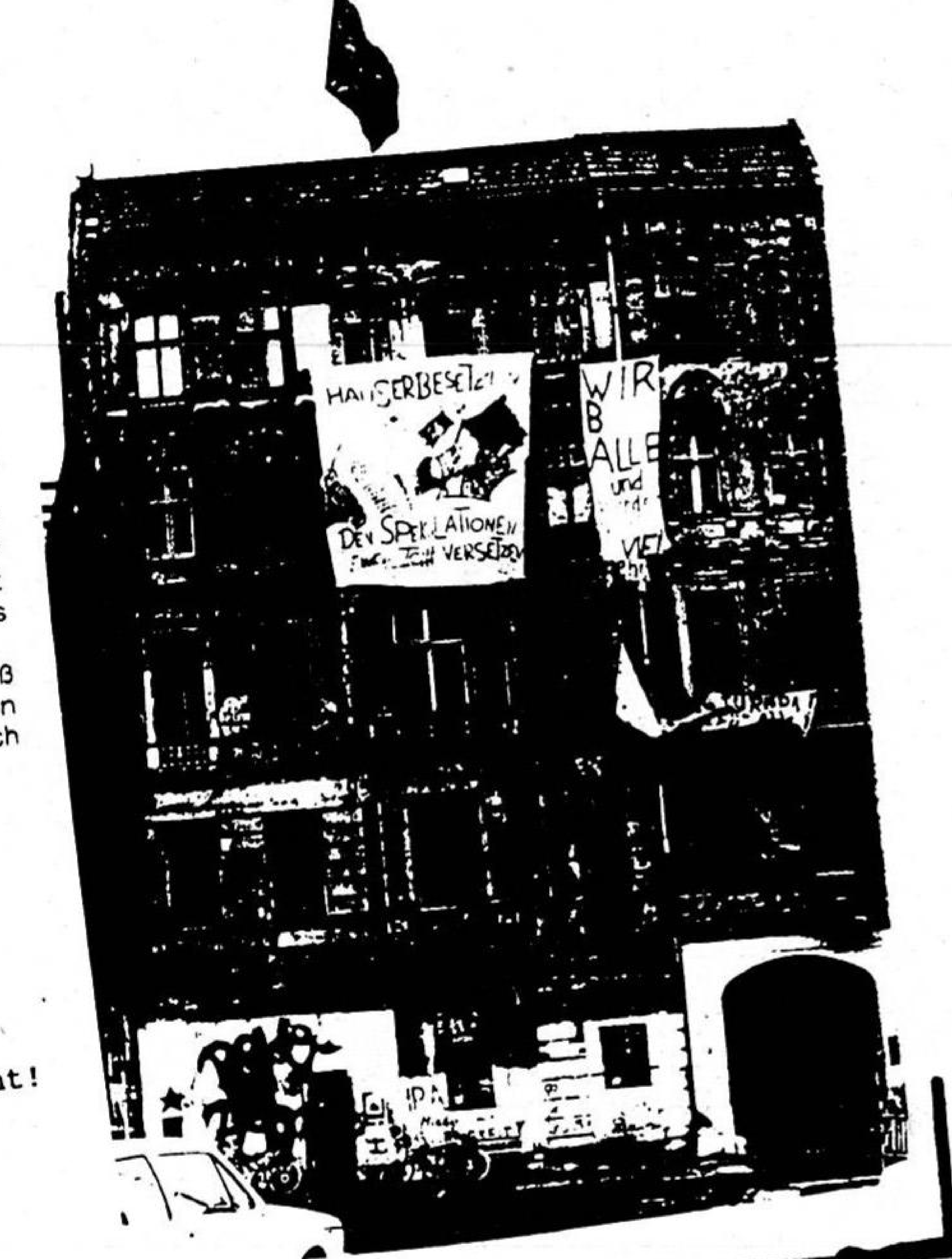
Lager Friedrichshain
Stadtbahnbogen Krautstraße
Tel.: 275 49 23

Hauptstelle Kaulsdorf
Wilhelmsmühlenweg 61-67
Tel.: 527 60 05

Mensch Peter, bist du denn blöd?!

Wir, die BewohnerInnen der Palisadenstraße 49, auf jeden Fall nicht!

PALI PLEIPT !!





Auf die eigene Kraft vertrauen!



Wehrt Euch, Organisiert Euch!

Antifaschistische Demonstration in Bad Freienwalde

am 9.April 1994 um 14 Uhr

Alte Tankstelle (am Bahnhof)

JIF
Jugendinitiative Freienwalde gegen Faschismus



Bestelladresse:
L. Meyer c/o Hinter den Kulissen
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Preis:
4 DM
+ Porto 1.50 DM
(nur gegen Vorkasse)

Newroz '94 Solidemo von Polizei angegriffen

In Nürnberg fand eine Solidaritätskundgebung für die in der Türkei festgehaltenen FreundInnen und GenossInnen statt.

Gegen 18.00Uhr trafen sich ca. 50 Menschen vor der türkischen Botschaft, um gegen die Vorgänge in Bezug auf die Delegationen, die in der Türkei festgehalten und misshandelt werden zu protestieren.

Innerhalb weniger Minuten drängten starke Polizeikräften die DemonstarantInnen, die auf dem Gehsteig direkt vor dem Konsulat standen, ab. die DemonstantInnen, die auf die Straße gedrängt wurden, versuchten daraufhin die Straße zu plockieren, was widerum von der Polizei mit Rangeleien und Abgreifversuchen zu verhindern versucht wurde.

Die DemonstantInnen, die nun nicht mehr in der Lage waren an die türkische Botschaft heranzukommen, entschlossen sich, eine Spontandemo zu beginnen.
Das Polizeiaufgebot wurde immer massiver. Sie versuchten darauf die DemonstarntInnen von der Straße auf den Gehsteig, auch durch Polizeiautos, abzudrängen.

Die Polizei versuchte mit Polizeiautos und starken Polizeikräften die Demo einzukesseln und somit die Demoroute vorzugeben.Als die DemonstrantInnen darufhin den von der Polizei vorgegebenen Weg verließen, wurden sie von der Polizei mit Hunden, Polizeiautos und Schlagstöcken angegriffen und eingekesselt. Einzelen DemonstarntInnen wurden bei den Rangeleien aus der Menge herausgegriffen und festgenommen um , so die Polizei "Personalien festzustellen".

Nach längeren Verhandlungen mit der Polizei konnte die Demo ihren Weg bis zum "KOMM" unter starkem Polizeiaufgebot fortsetzen und löste sich dann am Komm auf.

Die festgenommenen Menschen sind bis zur Stunde nicht wieder freigelassen worden.

Zwei Kurdinnen opferten ihr Leben aus Protest gegen die kurdenfeindliche Politik der deutschen Regierung

Berivan und Ronahi protestierten mit ihrem Leben gegen die Haltung der Bundesregierung gegenüber Kurdinnen

Am 21. März, dem traditionellen Newroz-Fest des kurdischen Volkes, haben die beiden in Mannheim lebenden Kurdinnen Ronahi und Berivan aus Protest gegen die feindliche Haltung der BRD-Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung in Kurdistan und in der BRD sich selbst angezündet. Dabei ist das kurdische Mädchen Berivan als Märtyrerin des kurdischen Volkes gefallen.
Ronahi liegt mit schweren Brandverletzungen im Krankenhaus. Die beiden Kurdinnen hatten vor ihrer Protestaktion folgenden Brief hinterlassen:

"Der deutsche Staat hat besonders in den letzten Monaten seine Feindschaft gegenüber der kurdischen Bevölkerung ganz offen erklärt. Er ist sogar hingegangen und hat unsere Vereine, unsere traditionellen Farben (Rot-Gelb-Grün) und Flaggen verboten und viele kurdische PatriotInnen verletzt und festgenommen bzw. verhaftet. Der deutsche Staat folgt damit dem türkischen Chauvinismus. Er unterstützt die Massakerpläne der Cilque von Demirel, Ciller und Generalsstabschef Güres: 'Sie werden auf jeden Fall vernichtet werden' und er ist mitverantwortlich für den Krieg gegen das kurdische Volk. Die Massaker in Kurdistan werden mit deutschen Waffen durchgeführt. Die letzten Aktionen der bundesdeutschen Polizei, die unter Hitler nicht schlimmer hätten sein können, gegenüber den TeilnehmerInnen der Newroz-Feierlichkeiten 1994 in der BRD, waren der Tropfen, der das Fass überlaufen liess.

Für die Massaker in Cizre, Sirnak, Diyarbakir und vielen anderen kurdischen Städten ist die Bundesregierung direkt verantwortlich.

Der deutsche Staat begeht damit ein Verbrechen an der Menschheit ...

Besonders die Erklärung des Innenministers Manfred Kanther von gestern abend 'Ab jetzt wird unser Vorgehen gegenüber der PKK noch schärfer sein. Die PKKler sollten das wissen, dass sie sich nirgendwo frei bewegen können' hat uns in unserer Entscheidung bestärkt.

Wir wissen und glauben, dass die Freiheitsflamme, die von uns genährt wurde, dazu beitragen wird, noch grössere Feuer zu entzünden.

Unsere Körper und Gedanken schenken wir somit der ganzen kurdischen Bevölkerung und der Menschheit.

Wir grüssen die im Kampf für die Freiheit Gefallenen, die für ein unabhängiges und vereintes Kurdistan kämpfen und den Vorsitzenden Apo.

NIEDER MIT KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS!
NIEDER MIT DEM DEUTSCHEN CHAUVINISMUS!
ES LEBE DIE PKK, ARGK, ERNK.
ES LEBE UNSER VORSITZENDER APO."

Türkei behindert Delegation

Verbotene Gebiete für Menschenrechtsdelegationen

Zutritt in die Stadt Dogubayazit durch türkische "Sicherheitskräfte" verhindert.

Eine Menschenrechtsdelegation aus Niedersachsen und Thüringen hält sich in der Zeit vom 16.03. bis 31.03.1994 in Nord-West-Kurdistan auf. Die Gruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, die Newroz-Feiern am 21.März sowie die am 27.März stattfindenden Kommunalwahlen zu beobachten.

Die Verlegung von 150.000 zusätzlichen türkischen Soldaten nach Kurdistan, die Aufhebung der Immunität kurdischer Abgeordneter der Demokratischen Partei (DEP) in Ankara sowie die massiven Behinderungen des Wahlkampfes der DEP sind eindeutige Anzeichen für ein verschärftes Vorgehen gegen die kurdische Opposition in der Türkei.

Im Rahmen ihrer Aufgaben versuchte die Delegation am 18.03 von Van aus die Stadt Dogubayazit zu erreichen. Dort hatte es allein im letzten Jahr sechs schwere Angriffe durch das Militär gegen die Zivilbevölkerung gegeben.

Die Delegation wurde von Militärposten dazu gezwungen, den direkten Weg nach Dogubayazit entlang der Grenze zum Iran - zu verlassen und eine längere Ausweichstrecke über die Stadt Agri zu benutzen. Auf dieser Strecke wiederum wurde die Weiterfahrt durch Polizei verhindert. Auf dem Rückweg wurde die Gruppe in Ercis erneut massiv durch die Sicherheitskräfte unter Druck gesetzt.
Ein Teil der Delegation wurde in der örtlichen Polizeistation einem Verhör unterzogen. Ihr wurde mitgeteilt, daß sie in der gesamten Region Agri, Dogubayazit gehört dazu, unerwünscht sei.
Es ist offensichtlich, daß seitens der Türkei Interesse besteht, in dieser Region internationale Beobachtung zu unterbinden.

Auf der Weiteren Rückfahrt wurde die Delegation erneut schikaniert. So wurden die Teilnehmer bei einer Straßenkontrolle genötigt, sich mit erhobenen Händen in einer Reihe aufzustellen und sich einer Leibesvisitation zu unterziehen.

Die Delegation wird am 19.03.94 erneut versuchen, nach Dogubeyazit zu gelangen. Sie fordert die Medien und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik auf, kritischen Druck auf die Türkei auszuüben, damit diese die internationale Beobachtertätigkeit nicht weiter verhindert.

Van, den 18.03.1994

Situationsbericht der Süddeutschen Delegation

Einreise in Istambul in der Nacht vom 18. auf den 19.3.94 ohne Probleme, keine Kontrollen. Die Namen der DolmetscherInnen mit türkischem Paß wurden in den Computer eingetippt, die der deutschen Delegationsmitglieder nicht. Die Delegation wurde von der DEP mit dem Bus vom Flughafen abgeholt.

Samstag, 19. März 1994

Mit einer Korrespondentin von Gündem, Nurcihan Öztürk flog die Delegation nach Van. Die Landung in Van war gegen 10.30Uhr. Die Eingangstür vom Rollfeld ins Flughafengebäude wurde vor der Delegation erst einmal abgesperrt. Nach lautstarken Protesten der Delegationsmitglieder wurde verlangt, daß sie ihre Pässe einsammeln, was auch getan wurde, allerdings blieben diese in den Händen eines Delegationsteilnehmers.
Der stellvertretende Gouverneur für Van, begrüsste die Delegation "im Namen der türkischen Regierung", die Delegation wurde jetzt -nachdem die Halle geräumt worden war- dort hineingelassen und eingesperrt. Der stv. Gouverneur, der sich erst nach mehrmaligem Nachfragen vorstellte, hielt der Gruppe einen kurzen Vortrag über die Gefahren durch die "Terroristen".
Die Halle war voll Zivil- und uniformierten Polizisten. Dann folgten Verhandlungen zwischen zeitweise dem stv. Gouverneur und einem Vertreter der Staatskräfte, der sich beharrlich weigerte, sich vorzustellen und dem Delegationsleiter und der Dolmetscherin. Mit dabei war ihre eigene Dolmetscherin und der Delegationsdolmetscherin wurde zürst untersagt, zu übersetzen.
Nachdem diese Frau dem stv. Gouverneur erklärte, daß sie seit fünf Jahren nicht mehr deutsch gesprochen habe und nicht übersetzen kan, durfte die Delegationsdolmetscherin übersetzen. Ihre eigene Dolmetscherin wurde aufgefordert, aufzupassen, daß die Delegationdolmetscherin "nichts verdreht". Der Delegationsleiter verlangte, sofort Verbindung zur deutschen Botschaft, was zunächst mit der behauptung, das Telefon funktioniere nur innerhalb von Van, verweigert wurde.
Der stv. Gouverneur behauptete "Die Terroristen haben geplant und öffentlich bekannt gegeben, daß sie ausländische Delegationen ermorden wollen, um damit Probaganda zu machen".

Das Klima verschärfte sich zunehmend.

Der Delegationsleiter versuchte von einer Telefonzelle aus zu telefinieren, offensichtlich war von den Sicherheitskräften die Telefonzelle lahmgelegt worden, denn das Telefon funktionierte nicht und einige Stunden später lief ein Zivi mit eienm elektronischen Teil mit Kabeln durch die Halle un installierte dieses wieder an das Telefon.

Eine Bedingung für die Einreise nach Van des stv. Gouverneur war, daß die Gruppe immer geschloßen gehen müsse, was von der Delegation akzeptiert wurde. Die anderen Schikanen wurden abgelehnt. Diese waren eine "*Gesundheitskontrolle*", das Programm der Delegation jeweils am Vortag einzureichen, wobei die Delegation dann unter massivem Sicherheitskräfteaufgebot dieses angeblich durchführen könne, die ausweise der DolmetscherInnen mit türkischem Paß bzw. Gündem-Korrespondentin, die sie jedoch nicht indentifiert hatten, und ein Gespräch mit ihnen allein.
Der Delegationsleiter zählte auf, welches internationales Recht sie durch das Einsperren und die Behinderung der Delegation verletzen, erklärte noch einmal, welche Organisationen die Delegationsmitglieder deligiert haben, und welchen Ärger das für die türkische Regierung geben wird, weil die Delegation einmal Klage bei den internationalen Institutionen einlegen werde und ihr Vorgehen in der BRD offensichtlich machen wird.

Nach einigen Stunden durfte dann der Delegationsleiter mit der deutschen Botschaft telefonieren.

Nun behauptete der stv. Gouverneur gegenüber der Botschaft, die Delegation könne mit dem Bus, den sie bereitstellen, ins Hotel fahren. Die Sicherheitskräfte, die während der gesamten 6/7 Stunden mit in der Halle waren, filmten alles und nahmen alles auf Tonbandgeräten auf -auch das Gespräch mit der Botschaft. Fotos haben sie auch gemacht. Die Sicherheitskräfte nahmen immer wieder Anlauf, die Leute, die sie für TürkInnen hielten, rauszugreifen. Das wurde verhindert, indem sich die anderen eng um sie stellten. Die Delegation forderte, daß der stv. Gouverneur gegenüber der deutschen Botschaft eine Garantieerklärung abgibt, daß die ganze Gruppe, eischließlich der TeilnehmerInnen mit türkischer Staatsangehörigkeit unbeschadet nach Van kommt und nicht Belästigt wird, doch es wr unmöglich die Telefonverbindung, die vorher unterbrochen wurde, wieder herzustellen.
Da klar war, daß die Delegation nicht mit den Leuten, die sich die Staatskräfte rausgreifen wollten, nach Van reinkäme, wurde beschlossen, nach Istambul zurückzufliegen.
Die Delegation weigerte sich zunächst sei *Sicherheitskontrollen* noch einmal mitzumachen -schließlich konnte niemand den flughafen verlassen- es blieb uns aber nichts anderes übrig.
Die umstehenden Zivis provozierten massiv, es gelang jedoch, ohne Vorzeigen der Pässe, die immer noch ein Delegationsmitglied gesammelt bei sich hatte, und mit allen TeilnehmerInnen, wobei die ausländischen Menschen geschützt wurden, auf die Startbahn zu kommen. Dort schlugen die gereizten Zivis, die die ganze Zeit schon übelste Beleidigungen abgelassen hatten, auf einige TeilnehmerInnen ein und schubsten sie rum. Dabei gingen Brillen zu Bruch.

In Ankara kamen Vertreter der deutschen Botschaft in den Transitraum und dort gab es keine Probleme.

In *Istambul* wurde die delegation in dem Bus, der die Passagiere vom Flugzeug in die Halle bringt, eingesperrt. Sie öffneten die Tür über den Notschalter. Vertreter des Konsulats waren schon im Transitraum. Die polizei sperrte die Türen ab und ließ die Delegation auf der Startbahn stehen.Als die Tür zum Transitraum für die Konsulatsvertreter geöffnst wurde, drängten sich die DelegationsteilnehmerInnen mit durch. Eine Zeitlang sah es so aus, daß die delegation abgeschoben würde.

Nach stundenlangem Hinhalten und Provokationen der Polizeikräfte - sie versuchten uns die Fotoapperate abzunehmen-, behauptete der Kommissar, er habe die delegation nur aufgehalten, um ihr *Hilfe anzubieten*.

Gegen 23.00Uhr konnte die Delegation das Flughafengebäude geschlossen verlassen. Sie wurde von VertreterInnen der DEP und den Anälten von Özgür Gündem abgeholt.

Sonntag, 20. März 1994 (Laut einem Telefonat aus Istambul)

Die Süddeutsche Delegation konnte heute morgen gegen 11.00Uhr eine Pressekonferenz mit Beteidigung eines türkischen staatlichen Presseorgans, mehrerer opositioneller Zeitungen, der ARD und einem Vertreter der Taz abhalten.

Alle Delegationen sind in ihren Hotels, in Kurdistan oder Istambul, festgesetzt. Sie werden von Sicherheitskräften, der Armee und der Polizei (zivil und uniformiert) bewacht.

Bericht der saarländischen Menschenrechtsdelegation

vom 20.03.94

Unter Schlägen und Drohungen wurden die Teilnehmer der saarländischen Menschenrechtsdelegation von türkischen Sicherheitskräften zum Rückflug von Van nach Ankara gezwungen. Bereits bei ihrer Ankunft in Van wurden sie gemeinsam mit vier weiteren Delegationen aus dem süddeutschen Raum fünf Stunden lang im Flughafen festgehalten. Ursprünglich sollte die Delegation von Van nach Hakkari aufbrechen, unm dort angesichts des kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 21. März und den Kommunalwahlen am 27. März eine Beobachter- und Schutzfunktion für die kurdische Bevölkerung wahrzunehmen.

Nach Einschätzung der "Aktion 3. Welt", die zu dieser Reise eingeladen hatte, lässt das massive Vorgehen der türkischen Regierung gegen die ausländischen Delegationen das Schlimmste für die Newroz-Feiern befürchten. Zur Zeit sind sämtliche Delegationen aus der BRD und Europa von der Ausweisung aus der Türkei bedroht.

In der Vergangenheit kam es an Newroz regelmässig zu Ausschreitungen der türkischen Armee. 1992 führte der Einsatz deutscher Waffen mit zum Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Stoltenberg. In den letzten Wochen wurden zusätzlich zu den 300.000 türkischen Soldaten in Kurdistan weitere 150.000 stationiert. Die Beobachterdelegationen wollten mit ihrer Anwesenheit zu einem friedlichen Verlauf der Newroz-Feiern beitragen.

Die saarländische Delegation besteht aus Mitarbeitern des Diakonischen Werkes, von Netzwerk Selbsthilfe Saar, des Arbeitskreises Asyl Saarland, des Antirassismus Notruftelefons und der Aktion 3. Welt.

Die Schirmherrschaft für die Delegation haben der BuKo (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und der Arbeitskreis Asyl Saar übernommen.

Situation um Newroz spitzt sich zu!

Menschenrechtsdelegation in Erzurum festgesetzt.

Heute (20.3.) versuchte eine Delegation aus Niedersachsen und Thüringen über Erzurum nach Dogubayazit zu reisen. Ihr Ziel ist die Beobachtung des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz) am 21. März.

Bereits wenige Kilometer hinter Erzurum wurde der Bus von türkischen Sicherheitskräften aufgehalten und die Delegation an der Weiterfahrt gehindert. Allen MitgliederInnen der Delegation wurden die Pässe abgenommen. Die Sicherheitskräfte erzwangen die Rückkehr der Delegation nach Erzurum. Dort sitzt die Delegation jetzt in einem Hotel ohne Pässe fest. Damit hat sie keine Bewegungsfreiheit mehr.

Diese massive Behinderung ist kein Einzelfall. Nach unseren Informationen sind auch alle anderen internationalen Beobachterdelegationen festgesetzt worden. Eine Delegation aus der Schweiz ist heute verhaftet worden. Eine Delegation aus Süddeutschland wurde von Van nach Ankara abgeschoben und einige TeilnehmerInnen von Soldaten zusammengeschlagen.

Dieses Vorgehen des türkischen Staates gegen internationale Beobachtergruppen kann nur als Vorbereitung eines Angriffs gegen die kurdische Bevölkerung am Newroz unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit verstanden werden. Ein weiteres Indiz in diese Richtung ist die Aufstockung der Sicherheitskräfte in Kurdistan von 300.000 auf fast 450.000 Soldaten in den letzten Wochen.

Medien und Öffentlichkeit sind aufgefordert, gegen dieses Vorgehen des türkischen Staates aufs Schärfste zu protestieren und sich für die Ermöglichung der internationalen Beobachtertätigkeit in Nord-West-Kurdistan einzusetzen.

250 Verhaftungen bei Newroz-Feiern in Istanbul

Nach Angaben der saarländischen Menschenrechtsdelegation wurden in Istanbul am Sonntag, dem 20.03.1994, zweihunderfünfzig Menschen von türkischen Sicherheitskräften verhaftet. Anlaß waren Feierlichkeiten zum traditionellen kurdischen Neujahrsfest Newroz. Weitere Verhaftungen werden erwartet.

Die saarländische Delegation sprach in Istanbul mit einem Anwalt der Verhafteten und wird weitere Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen führen. Dabei geht es auch um Istanbul als sogenannte "inländische Fluchtalternative" für kurdische Flüchtlinge.

Mitarbeiter der "Aktion 3. Welt", die zu dieser Delegation eingeladen hatte, bestätigten, daß die Saarländer auf jeden Fall vor Ort bleiben und noch versuchen werden, nach Kurdistan zu gelangen.

In den letzten Jahren kam es an Newroz regelmässig zu Massakern an der kurdischen Zivilbevölkerung durch türkische Sicherheitskräfte. Die internationalen Delegationen wollten durch ihre Anwesenheit eine Beobachter- und Schutzfunktion für die Bevölkerung einnehmen. Die militärische Abriegelung mehrerer Städte sowie die Verhinderung und Bedrohung der ausländischen Beobachterdelegationen bedeuten den Ausschluß jeglicher demokratischer Öffentlichkeit in der Türkei.

Im Moment führt die türkische Regierung in den kurdischen Gebieten Erzurum, Hakkari und Cizre grossangelegte Militäraktionen durch; dabei sollen auch deutsche Waffen aus NVA-Beständen zum Einsatz gekommen sein.

Durch die Massenverhaftungen in Istanbul dürfte die Maer von der Westtürkei als sichere Fluchtmöglichkeit für Kurdinnen und Kurden zumindest teilweise widerlegt sein. Die "inländische Fluchtalternative" gilt für deutsche Behörden als Ablehnungsgrund für kurdische AsylbewerberInnen.

Die Schirmherrschaft für diese Delegation haben der BuKo (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und der Arbeitskreis Asyl Saar übernommen.

Stand: 21.03.94, 23 Uhr

Presseerklärung der Bielefelder/Hamburger Delegation

(telephonisch aus Batman 22.3.94)

wir sind Samstag hier angekommen und wurden von einem DEP-Abgeordneten abgeholt. Seit unserer Ankunft am Flugplatz Batman stehen wir unter Polizeibegleitung. Die DEP-Leute kümmern sich um uns und sind sehr freundlich und hilfsbereit.[Hier fehlt eine längere Passage die wegen der schlechten Telephonleitung nicht verständlich war]

Die Delegationen sitzen jetzt alle im Hotel, ca. 60 Leute, und versuchen sich zu koordinieren. Konkret heißt das - durch die Präsenz der Bullen hier, wir können keinen Schritt ohne sie machen. Sie sitzen im Hotelfoyer, drängen sich zu uns in die Taxis und Kleinbusse, sitzen bei unseren Gesprächen dabei (z.B. auch im DEP-Büro) und halten uns

nach ihren eigenen, uns gegenüber gemachten Aussagen, für PKK-Terroristen. Sie drohen immer wieder mit Festnahmen und Abschiebung, wenn wir ihren Befehlen nicht Folge leisten. Soger die Fahrer der Kleinbusse werden unter Druck gesetzt und bedroht.

Durch die Präsenz der Bullen ist die Bevölkerung gezwungenermaßen uns gegenüber sehr zurückhaltend, da sie mit Repressionen rechnen müssen.
Gleichzeitig signalisieren sie aber auch, daß sie gern mit uns Kontakt aufnehmen würden. Vor dem Hotel wurde gestern Abend ein Mann verhaftet, der mit uns Kontakt aufnehmen wollte - das nur als Beispiel.

Das Militär ist seit gestern abend in der Stadt verstärkt worden, es fielen auch Schüsse. Newroz findet öffentlich nicht statt.

Gegen 18.00 Uhr heute wurde die türkische Dolmetscherin (die auch einen türkischen Paß hat) der Hamburger Delegation vor dem Hotel festgenommen, sowie ein Großteil der Delegation. Der größte Teil der Gruppe kam nach einer Stunde frei. Die Dolmetscherin wurde länger festgehalten. Gerade jetzt (20.30 Uhr) wurde sie wieder rausgelassen. Die Dolmetscherin darf das Hotel bis zum Abflug nicht verlassen. Wir versuchen weiter unsere Pläne hier zu verwirklichen.

Alle hier lebenden Menschen fordern immer wieder von uns, daß wir berichten, was hier geschieht, was wir hier erleben.

Wir haben später am Abend nochmals versucht, das Hotel zu verlassen.
Ca. ein Kilometer wurden wir gestoppt mit der Begründung, die PKK hätte in Batman einen Anschlag auf einen Panzer verübt, und wir sollten ins Hotel zurück - es bestehe Ausgangssperre. Wir wurden dann von den Bullen auch mit Gewehren zum Hotel zurück eskortiert. Wir dürfen jetzt auch nicht raus, und draussen ist alles voller Militär, die Strassen sind leergefegt. Das war am Newrozabend. (21.3.94)

Batman 22.3.94

Wir durften das Hotel erst nicht verlassen, wurden dann später rausgelassen und haben immer wieder Ärger mit den Bullen. Wir haben versucht, mit einem Kleinbus das Hotel zu verlassen, wurden an der Stadtgrenze wieder gestopt, und es wurde gesagt, nur nach einer Leibesvisite und wenn wir unterschreiben, daß wir auf eigene Gefahr das Gebiet verlassen, dürften wir raus. Das haben wir nicht gemacht. Wir sind dann umgedreht und waren den ganzen Tag in der Stadt.

Presseerklärung der saarl. Delegation in Istanbul

Istanbul. Nachdem die fünf süddeutschen Delegationen zur Beobachtung von Newroz und den Kommunalwahlen daran gehindert wurden, in Van einzureisen, haben sie sich in Istanbul aufgeteilt. In der Zwischenzeit sind die Delegationen von Stuttgart, München, Karlsruhe und Nürnberg in Diyarbakir eingetroffen.

Die saarländische Delegation in Istanbul führt Gespräche mit dem Menschenrechtsverein (IHD), der Zeitung "özgür Gündem", dem Antwaltsverein und der Demokratiepartei (DEP).

In Istanbul wurden am gestrigen Newroz-Tag willkürliche Ausweiskontrollen durchgeführt. Dabei wurden zahlreiche Menschen allein aufgrund ihres Geburtsortes in einer kurdischen Region festgenommen. Allein aus dem Stadtteil Taksim sind nach Angaben des patriotischen Anwaltsvereins zur Zeit noch ca. 200 Menschen in Haft.

Bereits am Samstag, dem 19.03., kam es in Istanbul bei Newroz-Feierlichkeiten zu rund 250 Verhaftungen.

Die Vorkommnisse der vergangenen Tage lassen befürchten, daß die türkische Regierung die Repressionen bis zu den Kommunalwahlen am nächsten Sonntag verschärfen wird.

Hiervon sind sowohl die Westtürkei als auch das kurdische Gebiet betroffen. Dies bestätigen auch unsere Gesprächspartner. Aus diesem Grund ist unsere Anwesenheit als Beobachter weiterhin erforderlich.

Istanbul, 22. März 94

Abgeschobenenen KurdInnen droht Folter

Istanbul. Der in Istanbul verbliebene Teil der aus Van vertriebenen Beobachterdelegation hat mit Bestürzung die Auseinandersetzung um KurdInnen in der BRD zur Kenntnis genommen.

Angesichts der vom deuschen Bundesinnenminister angedrohten Abschiebungen weist die Delegation auf ihre Gespräche mit dem Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul und Diyarbakir sowie mit Rechtsanwälten hin. Nach deren übereinstimmenden Aussagen werde ausnahmeslos jede/r abgeschobene KurdIn bei deren Ankunft in Haft genommen und verhört.

Verhöre seien mit Schlägen und massiven Bedrohungen verbunden.
Es bestehe immer auch die Gefahr von Folterungen. Die Massenverhaftungen von KurdInnen in Istanbul anlässlich des Neujahrsfestes (Newroz) verschärfen die Situation. Über den Verbleib der in den letzten Tagen willkürlich Verhafteten verweigert die Polizei jede Auskunft.

Diese Vorfälle belegen, daß es für KurdInnen auch im Westen der Türkei keine inländische Fluchtalternative gibt.

Mit dem Verbot von Newrozfeierlichkeiten in der BRD und den fortgesetzten Waffenlieferungen spricht sich die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der türkischen Regierung gegen eine politische Lösung der Kurdenfrage aus.

saarländischen Delegation — *Istanbul, den 23.04.94*

Presseerklärung der Süddeutschen Delegation

vom 25.03.94

Die Kommunalwahlen in der Türkei werden zu einem Akt staatlichen Terrors gegen die kurdische Bevölkerung werden.

Die Delegationen aus der BRD, die sich seit dem Newroz Fest in Kurdistan aufhalten, befürchten, daß es bei der Kommunalwahl zu massiven Repressionen un zu Gewalttaten des Staates gegen die kurdische Bevölkerung kommt.

Schon jetzt lässt sich sagen: Das werden keine demokratischen Wahlen sein!

Die Repression gegen die "Demokratie Partei"(DEP), die einzige, die von der überwiegenden Mehrheit der kurdischen Bevölkerung als Vertreterin ihrer Rechte angesehen wird, haben ein ungeheures ausmaß angenommen.

Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister (von der DEP), Kandidaten, Voratände und Aktive der DEP sind verhaftet, etliche müssen sich verstecken und einige sind schon umgebracht worden.
Der überwiegende Teil der kurdischen Bevölkerung will an dieser Wahl nicht mehr teilnehmen.
Die einzige Partei, die sie wählen könnten, wird wegen der staatlichen Repression nicht mehr kandidieren.

Wir, die süddeutsche Delegation, haben in den vergangenen Tagen mehrere der über 1200 verbrannten und zerstörten Dörfer besucht. Wir haben mit Vertriebenen aus den Dörfern gesprochen.
Sie befürchten, daß sie mit Gewalt zu der Wahl getrieben werden. "Wir werden am Wahltag von der Dorfschützern, vom Militär und der Geheimpolizei an die Wahlurnen gezwungen," sagen sie. Wer sich weigert, "muß um sein Leben fürchten."

Alle mit denen wir sprachen, richten an uns die eindringliche BITTE, die menschenverachtenden Praktiken des türkischen Staates am Wahltag genau zu beobachten und internationaö bekannt zu machen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist allerdings damit zu rechnen, daß wir durch die Polizei und Militär gehindert werden, diese Aufgabe zu erfüllen.

ERKLÄRUNG ZU DEN EREIGNISSEN VOM 19.03.94 IN AUGSBURG

In der Mediendiskussion über die "Kurden- Krawalle" in Augsburg am Samstag, den 19.3.94 ist festzuhalten, daß es sich bei der angemeldeten Veranstaltung um ein kurdisches Kulturfest, das Neujahrsfest Newroz gehandelt hat. Die kurdischen Familien reisten in Festtagskleidung (Trachten, Anzüge, leichte Schuhe etc.) an, weil sie trotz des angedrohten Verbots hofften, ihr Fest ohne massive staatliche Repression doch durchführen zu können.
Versuchte Gespräche mit der Stadt wurden ihnen verweigert, Verhandlungen mit der Staatsanwaltschaft führten zu keinem Ergebnis. Denn für die Polizeiführung stand von vorneherein fest, daß das Veranstaltungsverbot mit allen Mitteln durchgesetzt werden muß. Daß es der Polizei nicht gelang, die KurdInnen daran zu hindern, sich auf der Kreuzung zu versammeln, lag nicht an der angeblichen Deeskalationsstrategie, sondern an den aufgrund einer Fehleinschätzung mangelnden Polizeikräften.
In der aktuellen Diskussion wird suggeriert, daß die Durchführung eines kurdischen Kulturfestes automatisch gewalttätige Auseinandersetzungen mit sich bringt. Das bedeutet, den KurdInnen das Recht auf politische und kulturelle Identität abzuerkennen. Speziell Frauen werden als von ihren Männern mißbrauchte Objekte dargestellt, wenn gesagt wird, sie fungierten als "lebende Schutzschilde", die nur "mitgeführt" (Kiermaier, Einsatzleiter während der Autobahnblockaden) wurden. Ihnen wird auf diese Weise jegliches politisches Bewußtsein aberkannt. So soll nicht nur von der alltäglichen Unterdrückung in Kurdistan abgelenkt werden, sondern die bloße Auseinandersetzung mit dieser Tatsache soll von vorneherein kriminalisiert werden. Dies stellt einen weiteren Angriff auf die Lebenssituation in ihrer Heimat verfolgter Menschen in der BRD dar.



Die deutsche Politik unterstützt so den Völkermord in Kurdistan nicht mehr "nur" mit Waffenlieferungen an die türkischen Militärs, sondern führt die repressive Politik der Türkei gegen die KurdInnen hier fort.
Dabei wird nicht nur auf die bekannten rassistischen Argumentationsmuster aus der "Asyldebatte" zurückgegriffen, sondern die PKK soll als zentrales Feindbild aufgebaut werden, um alle hier lebenden KurdInnen als "Terroristen" diffamieren zu können. Die so betriebene Entsolidarisierungskampagne zeigt bereits Erfolge, wie man den Äußerungen verschiedener Augsburger Gruppierungen entnehmen kann.
Anstatt sich von dieser Kampagne vereinnahmen zu lassen, ist es gerade jetzt notwendig, sich mit den betroffenen Menschen zu solidarisieren und sich nicht auf die staatlich verordnete Desinformation einzulassen.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Ermittlungsausschuß Augsburg

23.03.94



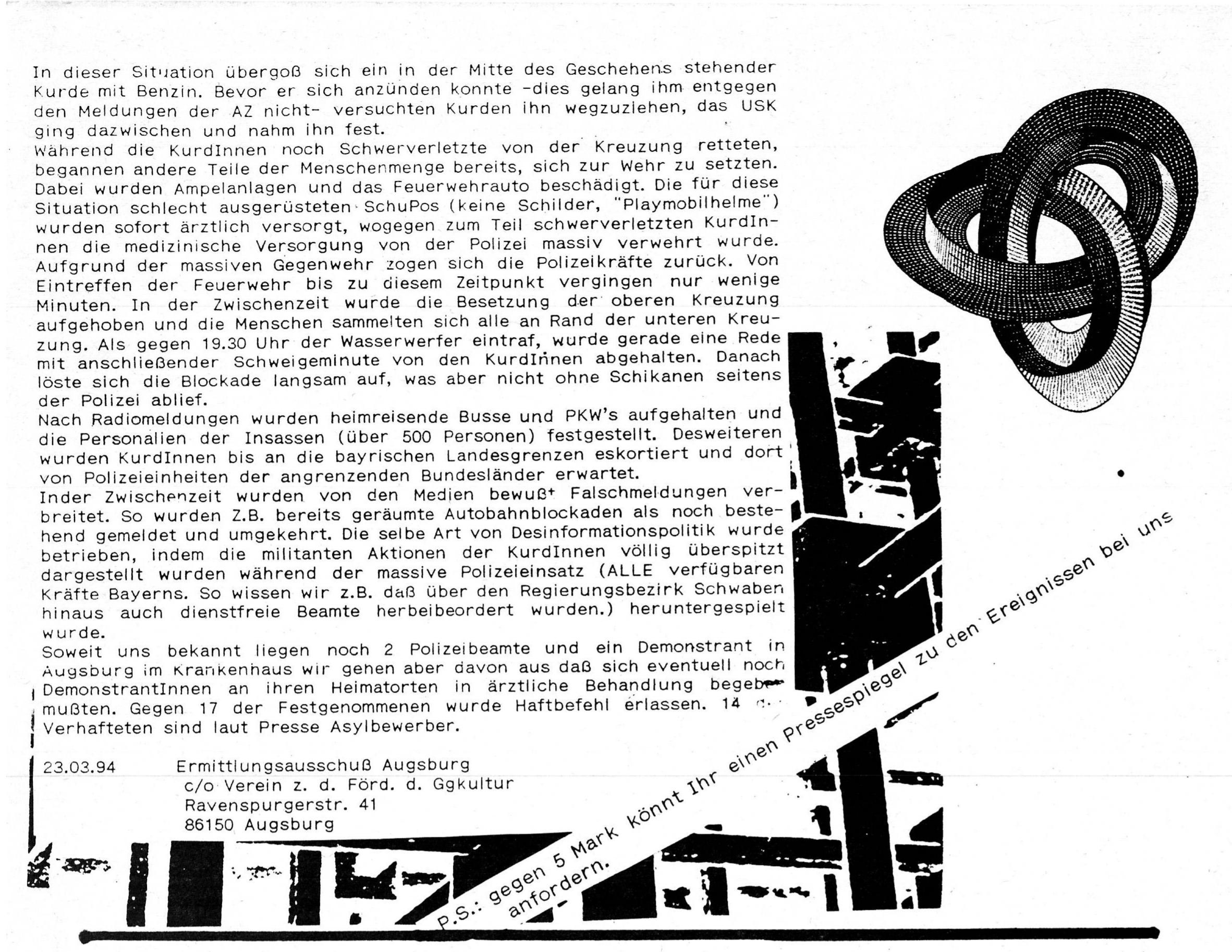
CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE VOM 19.03.94



Am Samstag, den 19.3.94 sollten in der Augsburger Dampfbläserhalle die Feierlichkeiten zu Newroz stattfinden. Die Veranstaltung wurde -wie schon im Vorjahr -von einem kurdischen Mitglied des Augsburger Ausländerbeirats angemeldet.
Die AZ berichtete am Mittwoch den 16.3., daß die Stadt diese Veranstaltung verbieten wird, da sie dem Mitglied des Ausländerbeirats, der hier allerdings als Privatmann agierte, eine Nähe zur verbotenen ERNK unterstellte.
Das Verbot wurde dem Veranstalter am 17.3. zugestellt. Eine Klage gegen dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht in zwei Instanzen abgelehnt, und am Samstag morgen wurde das Verbot endgültig bestätigt.
Am Samstag stellte sich die Situation folgendermaßen dar;- bereits ab 14.00 Uhr trafen auf dem Parkplatz vor der Dampfbläserhalle die ersten BesucherInnen ein. Das Gelände um die Halle, die sich entgegen allen Meldungen nicht in der Innenstadt, sondern am Stadtrand, in Uninähe befindet, war zum Teil abgesperrt. Die Eintreffenden wurden bereits von Polizisten (USK) erwartet.
Gegen 16.00 Uhr besetzten ca. 500 KurdInnen die Kreuzung Alter Postweg /Rumplerstr. , die sofort vom USK ca. 1 Stunde lang eingekreist wurden. (Unserer Einschätzung nach kam es nur deshalb zu keiner Einkesselung, da zu diesem Zeitpunkt nicht genügend Polizeikräfte vor Ort waren.)
Die KurdInnen wurden mehrfach von der Polizei aufgefordert die Kreuzung zu verlassen, diejenigen, die dieser Aufforderung Folge leisten wollten, wurden jedoch vom USK daran gehindert. In dieser Situation nahmen die Provokationen seitens der Polizei zu;- z.B. wurden die Demonstrierenden verbal angegriffen und beleidigt, mit Tonfas bedroht und herumgeschubst und den Hunden die Maulkörbe abgenommen, - dabei wurden speziell Frauen und Kinder attackiert.



Während der nächsten 1 1/2 Stunden wurde in Verhandlungen mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Vertretern der Stadt mehrfach versucht die Newroz-Feierlichkeiten doch noch durchführen zu können.
Mehreren PKW's und Bussen gelang es trotz eines weitgefaßten Polizeikordons um Augsburg bis ca. 17.00 Uhr in die Nähe der Halle zu gelangen.
(Die Blockaden auf den Zufahrtsstraßen um Augsburg entstanden an den Polizeisperren, an denen die Anreisenden zur Umkehr gezwungen werden sollten. Genauere Infos dazu haben wir leider nicht.)
Die Neuangekommenen wurden an einer dreihundert Meter entfernten Kreuzung von einem quergestellten Streifenwagen daran gehindert zur besetzten Kreuzung zu fahren. So besetzten ca 600 KurdInnen die obere Kreuzung.
An der oberen Kreuzung trafen gegen 18.00 Uhr ca 40 BePos ein, während zur selben Zeit eine der beiden anwesenden Hundertschaften USK von der unteren Kreuzung an die Autobahn abgezogen wurde, so daß nunmehr den mittlerweile ca 1200 KurdInnen eine Hundertschaft USK und eine uns nicht genau bekannte Anzahl SchuPos und BePos gegenüberstanden.
Gegen 18.30 Uhr entzündeten die KurdInnen begleitet von Musik und Tänzen auf beiden Kreuzungen das Newrozfeuer, das ca 1/2 Stunde brannte.
Um ca. 19.00 traf die Feuerwehr ein. Nach einem kurzen verbalen Schlagabtausch mit Feuerwehrleuten, fuhr das Feuerwehrauto flankiert von ca 30 nach beiden Seiten prügelnden USKlern direkt in die Menschenmenge vor dem Feuer. Gleichzeitig versuchte die Feuerwehr über mehrere Reihen Menschen hinweg den Brand zu löschen, während von einer dritten Richtung SchuPos auf die fliehenden Menschen einprügelten und sie Richtung Brandherd drängten. Um die Menschen auf der oberen Kreuzung vom Geschehen zu isolieren, zog, während sich die Aufmerksamkeit auf das Feuerwehrauto konzentrierte, hinter der unteren Kreuzung zweireihig das USK auf. Eine große Anzahl KurdInnen wurde von Tonfas, Schlagstöcken und umherfliegenden glühenden Gummi- und Holzteilen verletzt, und blieb teilweise auf der Kreuzung liegen.



In dieser Situation übergoß sich ein in der Mitte des Geschehens stehender Kurde mit Benzin. Bevor er sich anzünden konnte -dies gelang ihm entgegen den Meldungen der AZ nicht- versuchten Kurden ihn wegzuziehen, das USK ging dazwischen und nahm ihn fest.
Während die KurdInnen noch Schwerverletzte von der Kreuzung retteten, begannen andere Teile der Menschenmenge bereits, sich zur Wehr zu setzten. Dabei wurden Ampelanlagen und das Feuerwehrauto beschädigt. Die für diese Situation schlecht ausgerüsteten SchuPos (keine Schilder, "Playmobilhelme") wurden sofort ärztlich versorgt, wogegen zum Teil schwerverletzten KurdInnen die medizinische Versorgung von der Polizei massiv verwehrt wurde. Aufgrund der massiven Gegenwehr zogen sich die Polizeikräfte zurück. Von Eintreffen der Feuerwehr bis zu diesem Zeitpunkt vergingen nur wenige Minuten. In der Zwischenzeit wurde die Besetzung der oberen Kreuzung aufgehoben und die Menschen sammelten sich alle an Rand der unteren Kreuzung. Als gegen 19.30 Uhr der Wasserwerfer eintraf, wurde gerade eine Rede mit anschließender Schweigeminute von den KurdInnen abgehalten. Danach löste sich die Blockade langsam auf, was aber nicht ohne Schikanen seitens der Polizei ablief.
Nach Radiomeldungen wurden heimreisende Busse und PKW's aufgehalten und die Personalien der Insassen (über 500 Personen) festgestellt. Desweiteren wurden KurdInnen bis an die bayrischen Landesgrenzen eskortiert und dort von Polizeieinheiten der angrenzenden Bundesländer erwartet.
Inder Zwischenzeit wurden von den Medien bewußt Falschmeldungen verbreitet. So wurden Z.B. bereits geräumte Autobahnblockaden als noch bestehend gemeldet und umgekehrt. Die selbe Art von Desinformationspolitik wurde betrieben, indem die militanten Aktionen der KurdInnen völlig überspitzt dargestellt wurden während der massive Polizeieinsatz (ALLE verfügbaren Kräfte Bayerns. So wissen wir z.B. daß über den Regierungsbezirk Schwaben hinaus auch dienstfreie Beamte herbeibeordert wurden.) heruntergespielt wurde.
Soweit uns bekannt liegen noch 2 Polizeibeamte und ein Demonstrant in Augsburg im Krankenhaus wir gehen aber davon aus daß sich eventuell noch DemonstrantInnen an ihren Heimatorten in ärztliche Behandlung begeben mußten. Gegen 17 der Festgenommenen wurde Haftbefehl erlassen. 14 d. Verhafteten sind laut Presse Asylbewerber.

23.03.94

Ermittlungsausschuß Augsburg
c/o Verein z. d. Förd. d. Ggkultur
Ravenspurgerstr. 41
86150 Augsburg

P.S.: gegen 5 Mark könnt Ihr einen Pressespiegel zu den Ereignissen bei uns anfordern.

Solidarität mit den Kämpfenden KurdInnen!!!! Die Deportationen mit allen Mitteln stoppen!!!

"Wir werden die Kurden totschlagen. Nicht nur in der Türkei, auch in Europa werden wir sie bis März alle totschlagen", erklärte der türkische Generalsstabschef Dogan Güres am 25.10.93. auf einer Pressekonferenz.
In der bundesdeutschen Regierung hat er jedenfalls schon lange einen Bündnispartner. Die unter dem Stichwort 'PKK-Verbot' Ende November 1993 durchgeführten Aktionen sind nur ein Beispiel.
In den letzten Wochen erreichte der staatliche Vernichtungsfeldzug gegen kurdische Menschen ihren Höhepunkt. Der Schlips-und Kragenfaschist Kanther kündigt an, mit der türkischen Regierung darüber zu verhandeln, daß die KurdInnen, die aus der BRD deportiert werden, nicht offiziell mit dem Tod bestraft werden sollen. D.h. unterhalb dieser Schwelle soll alles legal möglich sein. Und die türkische Regierung liquidiert KurdInnen ohne Todesurteil.

Der staatliche Angriff gegen KurdInnen, die sich gegen den koordinierten deutsch-türkischen Vernichtungsfeldzug wehrten, hält Vergleichen mit den Maßnahmen gegen Juden und Jüdinnen in den Jahren 1933/36 stand.
Mediengerecht konnten anläßlich der Autobahnblockaden PogrombürgerInnen ihre Vernichtungsphantasien gegen die kurdischen Menschen verbreiten.
Die Maßnahmen sind ein Signal an alle MigrantInnen, daß das 4.Reich an die Methoden der 30er Jahre anzuknüpfen bereit ist.
In diesem Zusammenhang ist die verbliebene Linke gefordert, jegliche Solidarität mit den KurdInnen als antifaschistischen Kampf gegen die neuen faschistischen TechnokratInnen (Kanther, etc.) zu organisieren. Es ist zugleich ein antifaschistischer und antirassistischer Kampf.

Die PR-Aktion von 2 hessischen JungsozialistInnen, die ankündigten, einen kleinen Hund öffentlich zu verbrennen, um auf auf die Situation der KurdInnen aufmerksam zu machen, hatte einen entscheidenden Fehler. Die Verantwortlichen für den Genozid in der Türkei, die Deportationen hier sitzen in den Landes- und Bundesregierungen der BRD.
Sorgen wir auch mit unseren momentan bescheidenen Möglichkeiten dafür, daß diese Verantwortlichen Tag und Nacht wissen müssen: Sie sind angreifbar. Wenn sie KurdInnen deportieren lassen, denken wir uns phantasievolle Aktionen aus, um sie Ihnen mit allen Mitteln klarzumachen, den Krieg den sie gegen die KurdInnen führen, fällt auf sie zurück.
Nur so nehmen wir unsere antirassistischen Parolen der letzten Jahre ernst.
Wir trauen, um jene KurdInnen, die sich aus Protest gegen die BRD-Politik angezündet haben.
Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Autonome Kommunisten für Sozialismus statt Barbarei

Die Gesellschaft soll die Macht ergreifen!

"Wir setzen all unsere Hoffnung in die Bevölkerung. Wenn sie uns allein lassen, sind wir die Unnachgiebigen (Unversöhnlichen)."

INTERVIEW MIT SUBCOMANDNATE MARCOS DES EZLN (28.02.94)



"Die einzige Rettung dieses Landes ist, daß die Zivilbevölkerung überraschend die Macht ergreift und sagt: Hier bestimme ich! Wie kann sie die Macht ergreifen? Indem die Regierenden gehorchend bestimmen (mandar obedeciendo) und von der Bevölkerung bestraft werden können. Unsere Demokratie stammt von den indigenen Gemeinden der Mayas. Die Zeit der Führer ist schon lange vorbei. Nun ist die Stunde der Kollektive, der Gruppen, der gemeinsamen Gefühle. Die Alternative für dieses Land ist eine kollektive Macht."

So definiert Marcos seine Erwartungen an das mexikanisehe Volk.

Marcos:- Die Regierung will nicht, daß eine Gruppe Vermummter, die nur indigene Sprachen sprechen, dem Land sagt, was es tun muß, um mit Gerechtigkeit und Würde zzu leben. Aber wenn sie nicht zulassen, daß die Gesellschaft regiert, ist es logisch, daß das Ejercito Zapatista (Zapatistische Armee) mit anderen Namen, in anderen Regionen, mit anderem Blut, daß vergossen wird, wieder aufsteht.

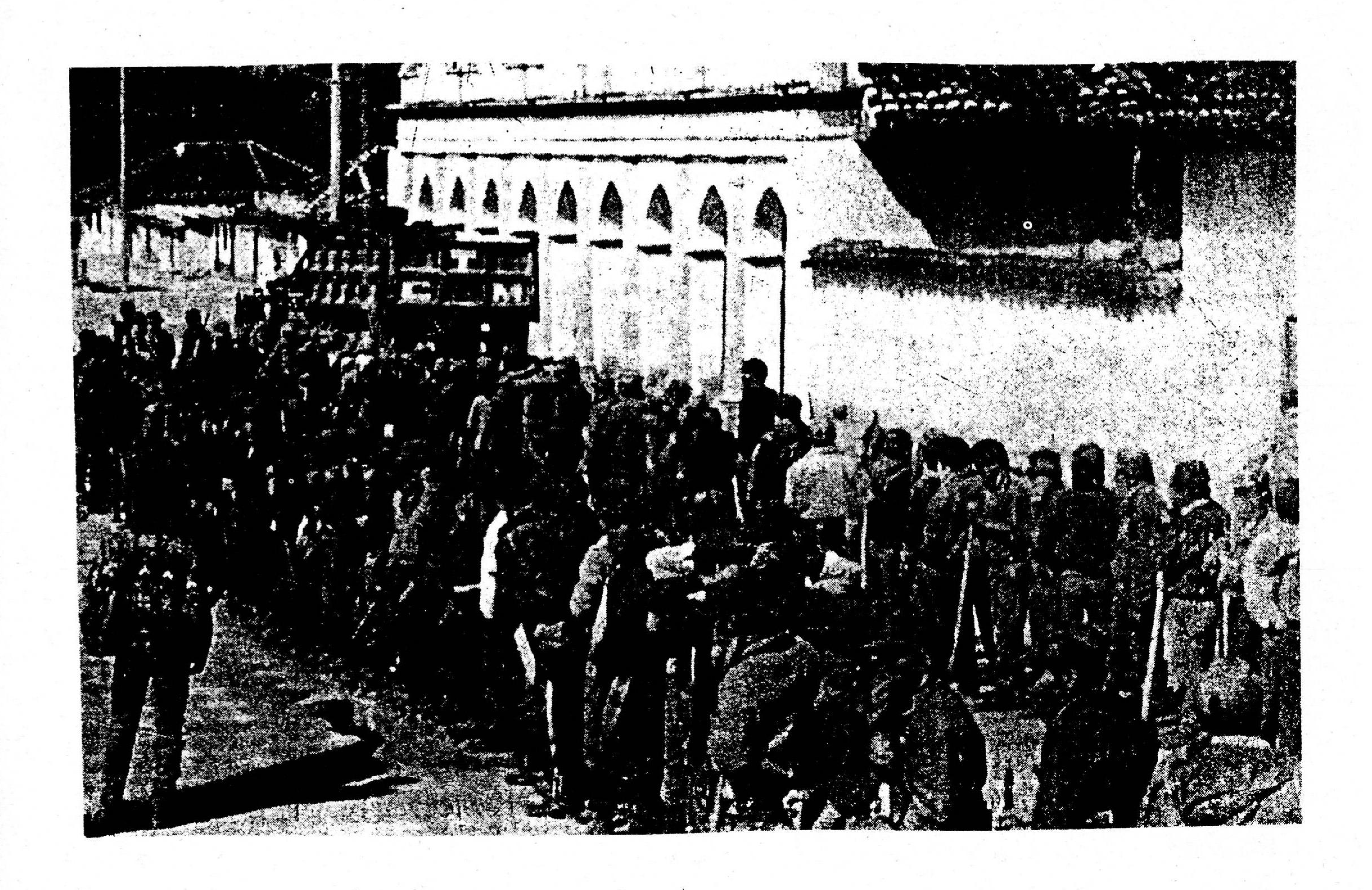


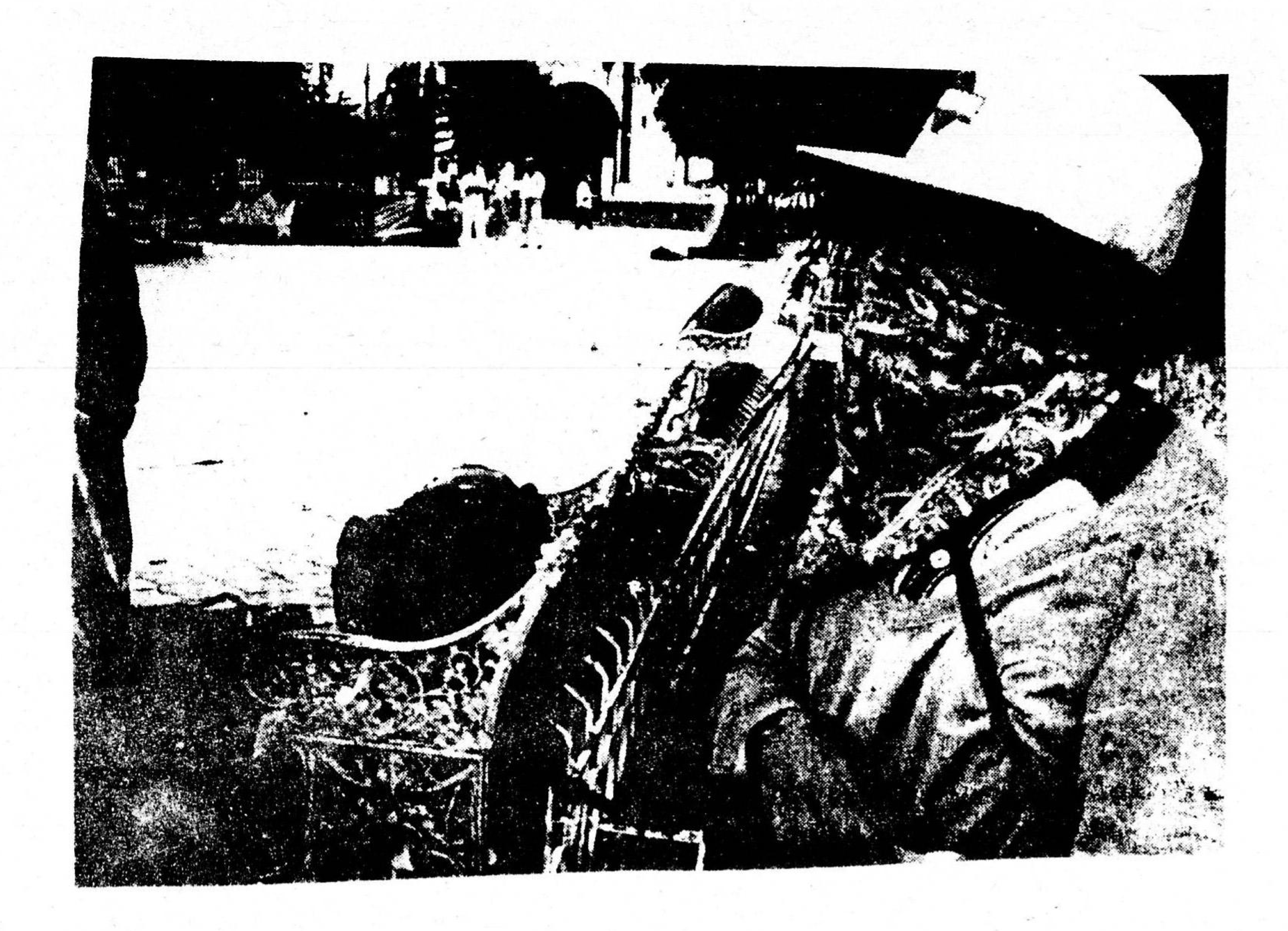
Was uns besorgt, ist, daß sie uns eine Sonderrolle zuteilen, die wir weder haben wollen, noch können.
Es gab eine Veränderung in der Bevölkerung seit dem 1.Jan. 94. Die Anrufe, die wir bekamen, lauteten: "setzt Euch mit der Regierung zusammen und redet." Die letzten Anrufe waren: "Laßt uns nicht allein, ergebt euch nicht, übergebt nicht die Waffen." Zuerst sagten sie uns: "laßt euch nicht töten, redet.", und jetzt sagen sie uns: "sterbt nicht mit Schande, sterbt mit Würde."
Wir wollen aber nicht, Daß das Volk sich hinsetzt und abwartet, was die Zapatistas, die Menschen ohne Gesicht und Namen, sagen. Die Stunde der Kollektive, der Gruppen und der gemeinsamen Gefühle ist gekommen. Sogar unsere Armee (EZ - Ejército Zapatista) - und es gibt nichts antidemokratischeres und gegen alles menschliche verstossende, als eine Armee, in der ein Chef Befehle gibt und eine Personengruppe gehorcht - wird von einer demokratischen Struktur geleitet; wir handeln unter dem Befehl der Gemeinden, die im Geheimen Revolutionären Kommité der Indigenas (CCRI - Comité Clandestino Revolucionario Indígena) organisiert sind. Diese Art zu funktionieren schwächt das EZ nicht, sondern läßt es wachsen, wie noch nie eine Armee in der Dunkelheit gewachsen ist. Die Verbindung des EZ mit demokratischen Strukturen läßt es gegenüber einer militärischen Niederlage immun werden, dies ist unsere Stärke.
-Frage: -Werden die Auseinandersetzungen wieder beginnen?
-Marcos:-Wir wollen, daß allen klar ist, daß falls der Waffenstillstand verletzt wird, es nicht von unserer Seite aus geschehen wird. Wir wollen



eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zu den Wahlen am 22. August, wir wollen, daß an diesem Tag landesweit alle politischen Ämter neu gewählt werden. Die lange Wartezeit wird uns nicht sehr schaden, die Geheimdienste werden zwar ausgebaut werden, aber sie werden nur entdecken, daß in unserem Gebiet alle Zapatistas sind. Außerdem, militärisch ausgedrückt, gibt es weder für sie noch für uns eine Lösung. Selbst wenn die Armee den sogenannten chirurgischen Eingriff durchführt und die Führung des EZLN tötet und unsere Hauptverbindungswege zerstört, haben unsere Einheiten Anweisungen, ohne Oberbefehl selbstbestimmt zu handeln.

-Frage:-Was ist also eure Botschaft, welche Vorschläge habt ihr für die Zukunft?
-Marcos:-Wir schlagen vor, daß die Gesellschaft sich kollektiv organisiert und so das präsidiale, unipersonelle System, das das Land regiert, stürzt. Zur Zeit ist die Zivilbevölkerung die einzige moralische Autorität, um eine Veränderung im Land zu bewirken und einen Übergang zur Demokratie zu garantieren.Zuerst müssen sie merken, daß sie es erreichen können und keinen charismatischen Führer brauchen und auch keine Sturmhauben, um ihr Schicksal zu finden. Was dann folgt ist die Organisierung, und ich habe gesehen, daß sie dazu fähig sind, z.B. während des Erdbebens 1985. Die Leute haben sich weit über das normale Maß an Spontaneität, Wohltätigkeit oder Solidarität hinaus organisiert und bei Weitem den Notfallplan der Regierung übertroffen.
Das letzte Beispiel dafür, daß die Gesellschaft bereit ist, war als eine Gruppe von"Profis der Gewalt", vom Ausland angelernt, dirigiert und finanziert - wie sie sagen - mit einem Haufen "Indianer" vier Städte am 1. Januar besetzten. Es beginnt das Durcheinander, der Krieg, die Toten, die Bombardierungen und die Leute fangen an, Protestmärsche und Kundgebungen zu organisieren, um Druck auf die Regierenden auszuüben. Alle wollen Frieden.





Der öffentliche Druck ist so groß, daß der militärische Stolz beider Seiten, der Bundesarmee und der Zapatistas, nachgeben mußund zum Dialog bewegt wird.
Das Volk hat Organisation, Sensibilität und Besorgthe it um das Land gezeigt. Dies ist, was viele dazu gebracht hat, den Friedensgürtel um die Kathedrale in San Cristobal während des Dialogs zu bilden. Denn diese Leute haben nicht Camacho geschützt, sondern die anwesenden Sturmhauben. Sie haben gefroren, schlaflose Nächte verbracht, ihre Gesundheit und ihren Arbeitsplatz auf s Spiel gesetzt. Sie haben viel riskiert, von den Viehbesitzern angegriffen oder vom Geheimdienst registriert zu werden. Die meisten der Leute waren nicht von den Unis, sondern Hausfrauen, TaxifahrerInnen, ArbeiterInnen, BäuerInnen, normale Leute, die gezeigt haben, wozu sie fähig sind. Es sind die einzigen, die die moralische Autorität haben, Mexiko zur Demokratie zu führen. Noch nicht einmal das EZLN kann dies.



-Frage:-Werden die Gemeinden das Abgeben der Waffen oder die Unterzeichnung eines Friedensvertrages akzeptieren?
-Marcos:-Als das CCRI beschloß, am Dialog teilzunehmen, wurden Deligierte ernannt und mensch sagte uns:Redet nicht über die Waffen! Sie wissen,daß ein Dialog nicht dasselbe ist wie Verhandlungen.Der/die die Befehlsgewalt hat,muß Rechenschaft ablegen,wir,dieDelegierten,müssen alle in unseren Plenas rechenschaft ablegen.Das ist unsere Vorstellung von Regierung.Möglicherweise ist sie unfertig und mensch muß sehen,wie mensch sie mit der neuen Weltordnung in Einklang bringt.



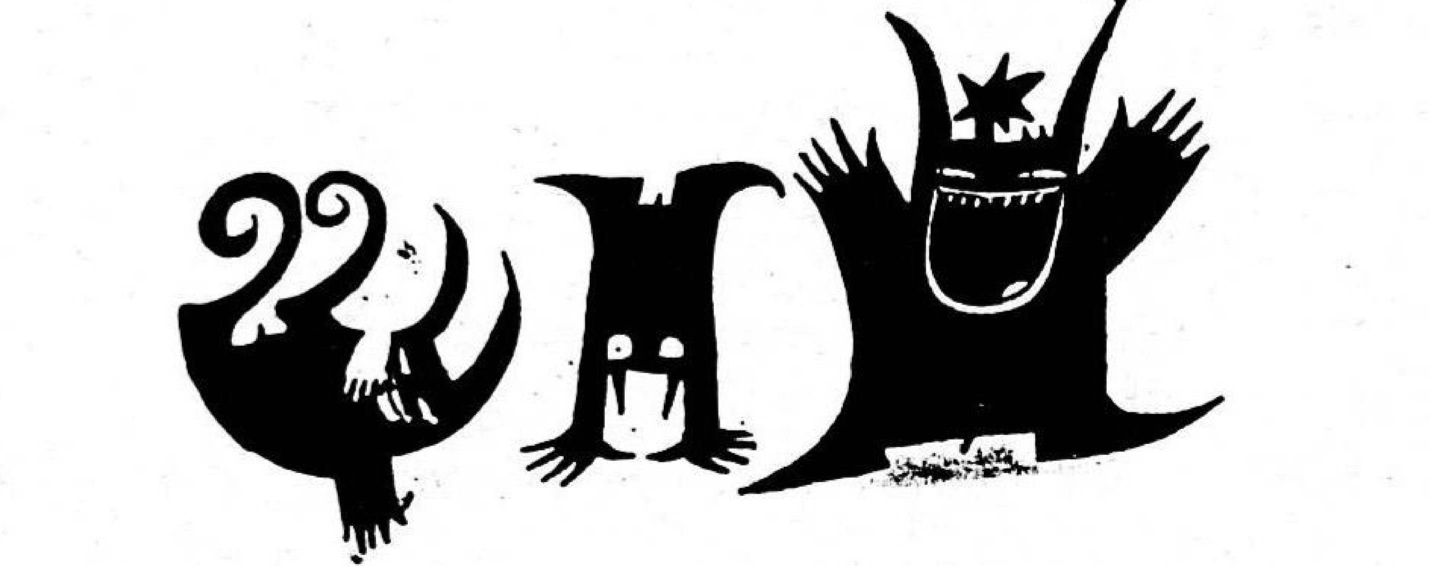


Marcos hält einen Moment inne,eine Rauchwolke umhüllt sein vermummtes Gesicht und mit leiser Stimme fährt er fort: Das Absurdeste ist,daß die einen sterben müssen,damit die anderen frei wählen können.Naheliegender ist es doch für Macht,Liebe oder Land zu sterben...!
Es wird gerade die Befragung der Basis durchgeführt,um auf die Angebote der Regierung zu reagieren.Es ist der gleich Abstimmungsprozess wie der, der für den Krieg entschieden hat.Es versammaln sich die regionalen Kommites und analysieren die Angebote der Regierung.Das CCRI redet mit den regionalen Deligierten und diese widerum mit den Verantwortlichen der Gemeinden.Die Verantwortlichen gehen in ihre Dörfer und versammeln alle;Männer, Frauen,Alte und Kinder.Dort wird dann innerhalb einiger Tage entschieden, es dauert eben seine Zeit,Ob sie die Angebote der Regierung akzeptieren und abwarten bis sie ihre Versprechen erfüllen oder ob sie sie stürzen.Vielleicht sagen sie:Mensch muß gut überlegen,und es versammeln sich Gruppen zum diskutieren.Später werden die verschiedenen Möglichkeiten zur Wahl gestellt und es wird festgehalten:soviele Frauen für diese Möglichkeit,soviele Männer für jene,soviele Kinder dafür usw..In den Gemeinden entscheidet nicht das Alter über das Stimmrecht;jedes Kind,das die Probleme versteht und bei den Plenas nicht einschläft,darf abstimmen.Die Wahlunterlagen werden erst dorfweise,dann regional und später je Zone gesammelt und dem CCRI vorgelegt.So wurde auch für den Krieg gestimmt.Dieser Entscheidungsprozess braucht seine Zeit,nach unserer Logik die notwendige Zeit,nach der logik vonCamacho und Samuel Ruiz zu lange.



-Frage:-Ist dies die Sruktur der Idigenas auch in anderen Lebensbereichen ihrer Dörfer?
-Marcos:-Um die politische Arbeit in den Gemeinden zu verstehen,muß mensch von einer sehr indigenen,basisdemokratischen Entscheidungsfindung ausgehen. Wenn eine Gemeinde ein Problem hat,wird eine Versammlung einberufen,das Problem analysiert und kollektiv gelöst;es ist eine Landebahn nötig,um einen Kranken abzutransportieren oder es ist ein Stamm umgestürtzt,der nun den Bach verschmutzt oder derPfad wächst zu.Umin einer Gemeinschaft zu leben,mußt du den Kompromiss eingehen,für deine Familie und für alle zu arbeiten.
Diese Form der Demokratie ist natürlich,niemand hat sie ihnen beigebracht. Sie stammt von ihren Vätern und Urgroßvätern.Wenn sie auf Probleme wie Wohnung,Arbeit,Bildung,Gesundheit oder Land stoßen,ernennen sie,genauso wie zum Pfadfreilegen,eine Deledation,die nach San Cristobal,Tuxtla oder Mexico-Stadt fährt,damit dort die Forderungen übergeben werden können.

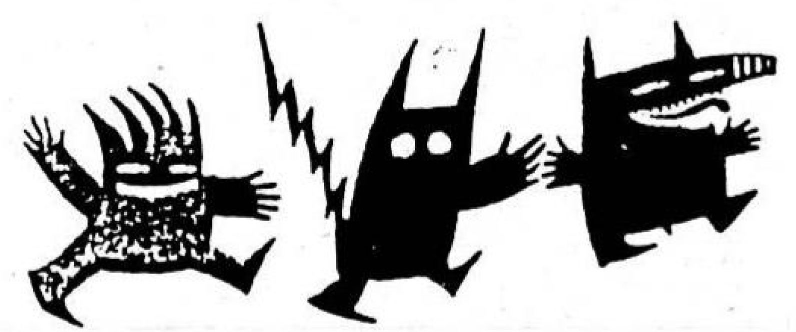
Sie organisieren sich, um die Sachen zu verlangen: um sie einzufordern. Und Marcos wiederholt die bekannte Geschichte des Pilgerns von einem Büro zum nächsten, die unendliche Geschichte der Bürokratie, die nicht aufhört, Papiere zu produzieren und sich nie in materiellen Lösungen verwandelt.



-Marcos:- Diese Geschichte wiederholte sich, bis die Menschen merkten: "Die nehmen uns überhaupt nicht ernst." Damit hat die Regierung die empfindlichste Stelle dieser Menschen berührt: die Würde. Damit hat sich alles zugespitzt, denn sie sagen: es ist in Ordnung, uns zu sagen, es gibt kein Land, es gibt keine Medizin, und wenn es keine Lehrer gibt, dann sollen sie sagen, es gibt keine Lehrer, aber sie sollen sich nicht über uns lustig machen. Hierauf trifft eine alte indigene Weisheit zu, wenn der/die Regierende nicht regieren kann, muß mensch ihn/sie absetzen. Die Regierung ist schuldig, weil sie uns nicht respektiert, also verdient sie es, gestürzt zu werden. So begann eine REIHE VON ÜBERLEGUNGEN IN DEN Gemeinden, von den Ältesten geleitet, weil sie die Erfahrung des Geschehenen der vergangenen Jahre besitzen. Sie reden von einer mexikanischen Revolution, gemischt mit alten chiapanekischen Mythen, wo die Indigenas die Guerilleros waren- es mischt sich Zapata mit Carranza in den chiapanekischen Geschichten, über eine Revolution, die noch nicht gekommen ist.



-FRAGE:- WIE ENtstand die Entscheidung, daß ein bewaffneter Kampf notwendig ist, auf welcher ideologischen Basis?
-Marcos:- Die Regierung kann mensch nur mit Waffen stürzen. Mit welchen Waffen? Mit denen der Wahrheit, antworten die Ältesten. Nicht die Art der Waffen ist entscheidend, sondern die Gerechtheit einer Sache, dies lehrten uns unsre Vorfahren. Nicht unsere schlechtere Bewaffnung ließ die Spanier unser Volk besiegen, sondern unsere Uneinigkeit. Also sagen sie abschließend, laßt uns die Einigkeit suchen. Sucht einen guten Grund für eure Sache und ihr werdet erhört werden, sagen die Alten. Ich vereinfache es etwas, aber in diesem Momentsagten die Führer der Gemeinden, die Regierung berührt unsere empfindlichste Stelle, die Würde.
Die Gemeinden fingen an, sich zusammenzuschließen, ein Tal mit dem nächsten, um härtere Beschlüsse zu fassen und um sich vor den guardias blancas (weiße Wachen-von den Viehbesitzern angeheuerte Todesschwadrone) zu schützen.
Marcos weiter zum Thema: Indem mensch sagt, dies ist eine schlechte Regierung und wir sind die echten Menschen, die Mayas, die Menschen, die mit Wahrheit reden, beginnt sich ein Bewußtsein zu entwickeln und der Sturz der Regierung wird als eine vererbte Pflicht betrachtet. So entstand das EZLN, nicht aus militärischen Gründen. Deshalb bestehen die Compañeros und Compañeras auch sehr darauf, über Wahrheit, Würde, Reinheit und Legitimation der Bewegung zu reden. Der Zapatismo ist so stark in den ländlichen Gemeinden verwurzelt, daß ihn nur ein totales Massaker auslöschen könnte.
Die Regierung ist der Hauptverantwortliche für die Entstehung des Zapatismo, egal, wie oft sie behaupten, daß Hilfe vom Ausland im Spiel ist, oder daß Menschen in anderen, gleich armen Regionen sich nicht erheben...
Welch ein Zynismus!



Frage: Aber Marcos, was ist mit den gefräßigen ökonomischen Systemen, die in ganz Lateinamerika herrschen?
Marcos: Es ist eine unserer nationalen Forderungen, die neoliberale Politik zu bremsen. Dies steht als ein Punkt in unserem Forderungspapier, doch hat dieser Punkt keine Aufmerksamkeit erregt, noch nicht mal bei Camacho. Es geht um die Mindestlöhne, und wir fordern würdige Arbeit und gerechte Löhne für die ArbeiterInnen aif dem Land und in der Stadt, in einem Wort: die Umwandlung der Wirtschaftspolitik.
Das Problem ist, daß auf zwei unterschiedlichen Ebenen geredet wird, genauso, wie bei der Autonomie. Sie denken, daß Autonomie gleich Balkanisierung des Landes bedeutet, daß wir uns abschotten wollen, nur Indigenas als Regierende wollen. Aber so ist es nicht. Die Compañeros und Compañeras

akzeptieren jedeN, egal, ob Indigena oder Mestize, er/sie muß nur ehrlich sein und wir müssen ihn/sie abwählen können, wenn er/sie uns nicht mehr paßt. Aber die Regierung antwortet, daß sie uns in rein indigene Gebiete stecken und einen eigenen, indigenen Staat gründen wollen. Das wollen wir aber nicht.





Frage:- Ein anderes Problem, für das die Indigenas eine Lösung fordern, ist die Justiz. Wie ist die Autonomie im Zusammenhang mit der Rechtssprechung zu verstehen? Marcos: - Die Indigenas sagen, wenn die Gemeinden Straftaten rational bestrafen können, warum muß dann die Regierung kommen und irrational bestrafen? Wenn es zu einem Diebstahl kommt, so löst dies die Gemeinde, indem der Dieb dem Bestohlenen die Dinge ersetzen muß, die er gestohlen hat. Kommt aber die Polizei, nimmt den Dieb fest und sperrt ihn ins Gefängnis, so kommt zum Hunger der bestohlenen Familie noch der Hunger der Familie des Diebes. Die Leute verstehen nicht, wie jemand regieren kann, der so dumme Gesetze erläßt. Wenn in einer Gemeinde jemand umgebracht wird, so muß der Mörder für die Witwe arbeiten. Die Regierung hingegen steckt den Mörder ins Gefängnis und hinterläßt so zwei Witwen, zwei verlassene Familien- und warum? Wenn wir das viel einfacher lösen können? Die Regierung kann unsere Form von Gerechtigkeit nicht akzeptieren. Ihre Gesetze lösen keine Probleme, sie verschlimmern sie!

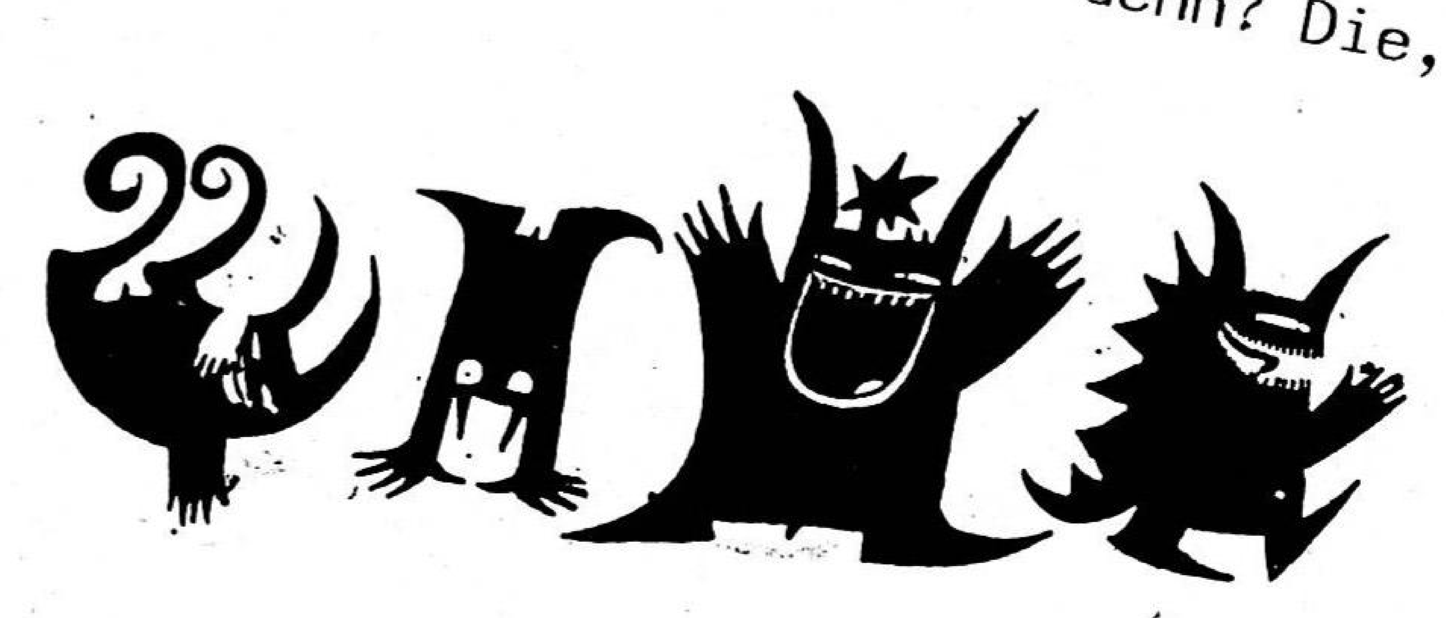


Frage: - Wird die Regierung eure Forderungen erfüllen, wie ist ihre Haltung?
Marcos:- Also, die Regierung sagt: ich werde mich mit diesen Indianern hinsetzen, weil ich großzügig bin. Die Compañeros und Compañeras werden jedesmal stinksauer und wütend, sobald der Präsident der Republik betont, daß er großzügig zu uns sein wird. Die Sache ist die, sagen die Companeros und Companeras, die einzigen Großzügigen sind wir, mit unserem Blut und unseren Toten.

Marcos spricht von der wichtigen Rolle, die Samuel Ruiz, der Bischof von San Cristobal hat, dessen Verdienst es ist, daß es bis jetzt kein Blutvergießen mehr gab.

Marcos: Um den 1. Januar herum hatte jemand die Idee, die Tür für den Dialog offen zu lassen. Jemand sagte, daß Samuel vielleicht ein Lösungsfaktor sein könnte. Dies war das Einzige, worin die Regierung sich nicht dumm verhalten hat. Wenn sie die Vermittlung nicht akzeptiert hätten, wäre das Land eine Bombe, es würde hier und dort explodieren, in Mexiko wäre die Hölle los. Samuel ist der Einzige, der die moralische Autorität hat, über den Frieden zu reden, weil er seit vielen Jahren die Rechte der Indigenas verteidigt.

Wenn Friede erreicht wird, weiß das Land nicht, wieviel es Samuel schuldet, nicht Salinas. Die Compañeros und Compañeras vertrauen darauf, daß er uns nicht verraten wird. Sie wissen genau, daß er gegen den bewaffneten Kampf ist, weil er es schon tausendmal gesagt hat. Die Compañeros und Compañeras antworten ihm dann: "Was willst du denn? Die, die sterben, sind doch wir!"



Offener Brief

Kiel, den 17.3.94

an die Damen und Herren des Kieler Yacht-Clubs.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Am Dienstag, dem 22. März 1994 um 19.30 Uhr will der rechtsextreme „Bund freier Bürger" mit seinem Vorsitzenden Manfred Brunner bei Ihnen im Yacht-Club (Hindenburgufer 70) eine Europa-Kundgebung durchführen. Wir fordern Sie auf, dem „Bund freier Bürger" (BFB) keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Eingeladen zu der BFB-Europa-Kundgebung mit dem Titel „Unsere Verantwortung für Deutschland und Europa" hat der schleswig-holsteinische Geschäftsführer des BFB, Godehard Schmidt-Goertz (Schatzmoor 2, 24392 Süderbarup, Tel:04641/1895). Ziel der Veranstaltung ist die Gründung eines Landesverbandes des BFB in Schleswig Holstein und die Vorstellung der KandidatInnen für die Europa-Wahl am 12. Juni, an der sich der BFB beteiligen will.

Warum nun darf unseres Erachtens nach die Veranstaltung des BFB nicht im Yacht-Club und auch an keinem anderen Ort in Kiel stattfinden?

Die Gründung des BFB und was er will

Eine Partei zu gründen für Leute, „die schon etwas sind und nicht für solche, die erst was werden wollen", hatte Manfred Brunner angekündigt.

Ende Januar 1994 wurde in Wiesbaden von etwa 130 ParteigründerInnen der „Bund freier Bürger" als reguläre Partei ins Leben gerufen. Die Gründungsversammlung war ursprünglich in Weimar geplant gewesen; die Direktion des Hilton-Hotels hatte den Termin jedoch aus Angst vor antifaschistischen Demonstrationen abgesagt. Vorsitzender der Partei ist Manfred Brunner, ehemaliger FDP-Landesvorsitzender in Bayern.
Brunner, vormals auch hoher EG-Bürokrat, wurde vergangenes Jahr bekannt durch seine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Maastricher Vertragswerk zur Europäischen Union. In einem Interview mit der faschistischen „Jungen Freiheit" sprach Brunner von einem „Vertrag gegen die Geschichte". Brunner der seine Kritik an der EG nationalistisch begründet, wurde bei seiner Klage u.a. von dem Historiker Arnulf Baring unterstützt. Baring gehört zu den Propagandisten der Umwandlung Deutschlands von einem westeuropäischen zu einem mitteleuropäischen Führungs- und Führerstaat. Baring gehört aber auch zu den Geschichtsrevisionisten, die die Geschichte des Nationalsozialismus gerne umschreiben möchten, und stellt aktuell die Frage, ob „der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen wirklich für alle Zukunft gelten sollte". Daß der frühere bayerische Innenminister Seidl (CSU) Brunners Maastrichklage unterstützt hat, bekommt nachträglich noch eine besonders pikante Note, weil der Fürst des Presseimperiums der faschistischen DVU, Frey, Seidl nach dessen Tod im letzten Jahr als „ Freund und Berater" geoutet hat.

Die Gründung einer eigenen Partei begründet Brunner so: „Es hat sich gezeigt, daß es für die Rechtsliberalen und Konservativen Deutschlands keine vernünftige Vertretung gibt ... Die Menschen haben von den vorhandenen Parteien schon die Nase voll. Sie wollen ein Forum, sich zu artikulieren, spontan und nicht verkrustet." Die programmatischen Leitsätze des BFB zur „Erneuerung der Politik in Deutschland" lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Statt der westeuropäischen, wird eine mittel- und osteuropäische Orientierung mit Deutschland als Führungsmacht angestrebt.
- Für einen starken Polizeistaat.
- Für den Abbau von Sozialleistungen und die Stärkung wirtschaftlicher Eliten.
- Für eine rassistische Flüchtlingspolitik.
- Für die Stärkung patriarchaler Familien- und Gesellschaftsstrukturen.

Sexismus, Nationalismus und Kapitalismus pur — mit dieser Kombination liegt die neue Partei im Trend der „Radikalisierung der Mitte nach rechts". Brunner beklagt einen Mangel an Nationalismus in Deutschland, sieht die CDU in sozialdemokratischen Gewässern und bezeichnet sich selbst als „einwanderungsfeindlich, aber ausländerfreundlich" — eine gängige rassistische Formulierung. So wundert es auch nicht mehr, daß die angeblich neue und ideologiefreie Politik des BFB vor nationalistischer und rassistischer Politik nur so trieft. So gab Brunner vor kurzem kund, daß „jede Nation ein angeborenes Bedürfnis nach Identität" habe und „die nationale Eigenständigkeit unseres Landes gefährdet sei", vor allem durch „den unkontrollierten und dem Gemeinwohl schädlichen Zustrom von Asylanten". Die „nationale Eigenständigkeit" ist nach dem BFB aber auch durch die Europapolitik der Bundesregierung gefährdet. So sagte Brunner in bezug auf die Europapolitik auf einer Veranstaltung seiner Partei: „Nach der Völkerverfolgung im Dritten Reich gibt es nunmehr eine neue Völkerverfolgung: die des eigenen Volkes." Der ehemalige FDP-Parteikollege von Brunner, Ralph Lange, hat aufgrund dieser Äußerung Strafanzeige wegen „Volksverhetzung" gestellt.

Brunner orientiert seinen BFB auf eine enge Zusammenarbeit mit der erzreaktionären Margret Thatcher und dem österreichischen Faschisten und FPÖ-Chef Jörg Haider. Haider soll im Vorfeld der Europawahl in jedem Bundesland einmal für den BFB auftreten. Die Zusammenarbeit zwischen Haider und neoliberalen Kreisen der FDP ist nicht ganz neu. So haben FDP-Kreise 1992 eine Tournee Haiders durch die BRD organisiert. Bei diesen Veranstaltungen hat Haider u.a. die „ordentliche Beschäftigungspolitik" der Nazis gelobt. Doch Haider war nicht der erste, der die scheinbaren Vorzüge nationalsozialistischer Ökonomie entdeckt hat. Schon im Juli 1991 forderte der Herausgeber der liberalen Wirtschaftswoche, Engels, den Bruch mit den „Tabus der Nazizeit", denn „die Wirtschaftsgeschichte der Nazizeit ist von ganz besonderen Interesse ... Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts lag bei knapp 10% ... Diese Zahlen sind aufregend ... Können wir auf Erfolsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat?" Die Antwort liefert er gleich mit: „Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und auf Chorgesang." (Für diejenigen die sich in Fragen der Ökonomie nicht so auskennen, wollen wir noch darauf hinweisen, daß das angesprochene erhöhte Sozialprodukt schlicht und ergreifend an der enormen Rüstungsproduktion zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges lag).

Wer macht mit beim BFB?

Ein Blick in die 35-köpfige Vorstandsliste dokumentiert eine Partei in der Braunzone vom rechten Rand der CDU/CSU und FDP bis hin zu faschistischen Kreisen. Einer von fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden ist Prof. Dr. Joachim Starbatty, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, der von 1970 bis 1972 als wissenschaftlicher Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig und bisher in der CDU beheimatet war. Ebenfalls als stellvertretender Bundesvorsitzender fungiert Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Ordinarius für öffentliches Recht. Dieser klagte im Auftrage Brunners beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Vertrag von Maastricht und gab wie Brunner der faschistischen „Jungen Freiheit" Interviews. Beisitzer im fünfköpfigen Präsidium sind unter anderem Prof. Dr. Hans-Heinrich Rupp, emeritierter Ordinarius für Staatsrecht, der 1978 die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer unterstützte, sowie der rechte Verleger Dr. Bruno Bandulet, ehemals Referent für Ost- und Vertriebenenpolitik der CSU-Landesleitung, zeitweilig Redakteur der Zeitschrift „Student", politischer Chef vom Dienst der „Welt", stellvertretender Chefredakteur der sexistischen „Quick" und langjähriger Mitarbeiter der rechtsextremen „Criticon", die eine führende Scharnierfunktion zwischen neokonservativen und neurechtem Lager innehat. Aus den Reihen der „Criticon"-Mannschaft sind als Beisitzer im Bundesvorstand auch der Bonner Volkswirt Gunnar Sohn, von 1987 bis 1989 Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin, und Regina Freifrau von Schrenck-Notzing, Ehefrau des „Criticon" Herausgebers und BFB-Förderers Caspar von Schrenck-Notzing vertreten. Mit dabei im Bundesvorstand sind auch Dr. Erwin Wickert, Botschafter a.D., der bereits unter dem Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop Attaché in Japan war, und Wolf von Zworowski, Landtagsvizepräsident a.D. (CDU), der erst im letzten Jahr die faschistische „Deutsche Partei" 32 Jahre nach ihrem Ableben wiederbelebt hatte. Neben weiteren ProfessorInnen, RechtsanwältInnen und UnternehmerInnen findet sich in der Führung des BFB, wie schon bei den REPs, Mitglieder bundesrepublikanischer Sicherheitsorgane, so der Hagener Polizeipräsident Günther Steckhan. Von den REPs kommt der General a.D. Kießling, ein vielgefragter Referent beim gesamten konservativen und neofaschistischem Spektrum.

Den BFB verstehen wir als organisierten nationalliberalen bürgerlichen Tabubrecher faschistischer Ideologie. Mit ihrem Hauptbezugspunkt „Nation" sorgt die neue Partei für eine Sogwirkung ins bürgerliche wie ins faschistische Lager. Auf die Frage, was ihn von den REPs unterscheidet, fällt Brunner ein: „das Personal" — und so ist der BFB zu bewerten, als nationalliberale Variante der REPs.

Zum Schluß unseres Briefes, möchten wir Sie, die sehr geehrten Damen und Herren des Kieler Yacht-Clubs, nochmals bitten, die Veranstaltung mit dem BFB abzusagen. Wir hoffen, Ihnen ausreichend Argumentationshilfe für eine Absage gegeben zu haben. Für Nachfragen stehen wir gerne zu Verfügung.

Wir möchten aber auch noch auf eine gute und alte antifaschistische Tradition in Kiel hinweisen. Gemäß dem Motto – **keinen öffentlichen Raum und keinen Fußbreit für FaschistInnen** – ist es der antifaschistischen Bewegung immer wieder erfolgreich gelungen, Veranstaltungen mit FaschistInnen zu verhindern. So ist es der DVU, den REPs, den Unitariern, aber auch Personen wie dem CDU-Rechtsausleger Lummer in der Vergangenheit nahezu unmöglich gewesen, ihre menschenverachtende Ideologie in öffentlichen Veranstaltungen zu verbreiten. Wir hoffen, Sie stimmen mit uns überein — diese Tradition sollte aufrechterhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Autonome Infogruppe Kiel
Schweffelstr. 6
24118 Kiel
Fax: 577 056

Quellen: Material vom BFB, Konkret 3/94, Atze Nr.21, Antifaschistische Nachrichten 4/5/94, Blick nach rechts Nr.5/94, Geschichte wird gemacht 12/94

Faschistische Bands in Chemnitz

Wie wir erfahren haben, sollte am vergangenen Wochenende Endstufe in Chemnitz auftreten. Da sie es vorzogen, nicht zu erscheinen, spielten 6! andere Faschobands. Dabei kam es zu einem Aufmarsch hunderter rechtsradikaler aus dem gesamten Bundesgebiet. Uns ist ein Brief aus Chemnitz zugespielt worden, den wir euch nicht vorenthalten wollen.

Offener Brief an die Chemnitzer Bevölkerung:

Engagierte Jugendliche und verantwortungsbewußte Bürger sind empört und befremdet über das Verhalten der Chemnitzer Sicherheitskräfte am vergangenen Sonnabend im Zusammenhang mit einer „geschlossenen Veranstaltung" im Haus der Live - Musik auf der Zwickauer Straße (ehemals Speise- und Kultursaal des Industriewerkes). Völlig ungehindert war es hunderten von rechtsextremen, neofaschistischen Personen aus dem gesamten Bundesgebiet möglich, sich zu versammeln und ihr menschen- und demokratie - feindliches Programm durchzuführen. Die Polizeikräfte hielten es offenbar nicht für nötig, diese Veranstaltung (die doch von der Betreiberin des Hauses, Frau Elke Dux, sicherlich ordnungsgemäß angemeldet worden war) zu verbieten. Ebenso „nebensächlich" war den Ordnungshütern, die umliegenden Jugendfreizeiteinrichtungen (z.B. Kraftwerk, Schmiede, VOXX, Öko-Cafe) bzw. für den Aktionismus rechter Personen besonders interessante Einrichtungen (z.B. AJZ, B - Plan) über diese Veranstaltung und die davon ausgehenden potentiellen Gefahren zu informieren. Sind Erfahrungen aus unserer Stadt und anderen Orten vergessen bzw. nie ausgewertet worden? Ist den Sicherheitskräften und besonders den Mitarbeitern der SOKO REX nicht bekannt, auf welche Weise rechtsradikale Kräfte gern ihre Veranstaltungen „krönen und beenden"? Viele der genannten Jugendfreizeiteinrichtungen hielten es im Interesse der Sicherheit ihrer Gäste und ihrer Einrichtungen jedenfalls für erforderlich, vorzeitig zu schließen, um Eskalationen zu vermeiden. Für uns ist es ein schlimmer und beängstigender Gedanke, das Nazis in Chemnitz weitgehend unbehelligt agieren können. Die örtlichen Presseorgane widmen der Tatsache, daß in dieser Stadt am kommenden Wochenende die sächsische Republikaner ihren Parteitag abhalten, nur eine bescheidenen Randnotiz. Das Vorkommnis am vergangenen Samstag ist ihnen am Montag nicht eine Zeile wert. Und ein Erfahrungsaustausch der Stadtväter mit Amtskollegen anderer Kommunen gäbe vielleicht auch das Know-how her, wie man sich erfolgreich gegen die Durchführung von Republikaner - Veranstaltungen zur Wehr setzen kann.

Chemnitz, den 14.03.94

Protest gegen REP-Parteitag in Erding
Polizeiterror gegen AntifaschistInnen

Hunderte zumeist junge AntifaschistInnen demonstrierten heute (26.März) gegen den Parteitag der "Republikaner" in Erding. Obwohl die Protestdemonstration vom DGB organisiert wurde, erschienen vorwiegend AntifaschistInnen aus dem autonomen Spektrum. Die Polizei machte von Anfang an klar, daß sie nicht nur den Republikanerparteitag schützen, sondern auch jeglichen Protest dagegen unterdrücken würde:

- Bereits bei einer Protestveranstaltung am Freitag Abend, zu der u.a. SPD, DGB und Grüne aufgerufen hatten, wurden 5 Personen in Gewahrsam genommen, zig weitere durchsucht und kontrolliert.
- Mehrere Hundertschaften Polizei, darunter Bundesgrenzschutzeinheiten und die berüchtigten Unterstützungskommandos (USK) der Bereitschaftspolizei verwandelten Erding in ein Heerlager.
- Bereits im Vorfeld (auf Straßen rund um Erding und in der S-Bahn) mußten DemonstrantInnen Durchsuchungen und Personalienfeststellungen über sich ergehen lassen. Systematisch wurden dabei Flugblätter und Transparente beschlagnahmt, 6 DemonstrantInnen wurden vorübergehend festgenommen, viele andere wurden solange festgehalten, bis sie nicht mehr rechtzeitig zur Demonstration gelangen konnten.
- In der Erdinger Innenstadt fanden ebenfalls willkürliche Durchsuchungen statt, sämtliche TeilnehmerInnen der Demonstration wurden permanent aus mehreren Kameras gefilmt.
- Nach der Demonstration kam es zu brutalen Übergriffen der USKs auf AntifaschistInnen. Sieben Personen wurden willkürlich festgenommen, zum Teil unter Schlagstockeinsatz und Mißhandlungen.
- Die Umgebung der Stadthalle wurde von der Polizei hermetisch abgeriegelt.

Wir stellen fest:
Daß die Polizei Veranstaltungen von Rechtsextremisten beschützt und dadurch die Verbreitung menschenverachtender Hetze erst ermöglicht, ist mittlerweile traurige Realität. Diese Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen und Rechtsextremisten läßt jegliches Bedauern, das staatstragende Parteien über der Verbrechen der Neonazis äussern, zur Farce werden. Besonders erschreckend ist jedoch, daß die Polizei nun auch noch versucht jeden Protest gegen diesen Zustand im Keim zu ersticken. Der Angriff auf DemonstrationsteilnehmerInnen und die Behinderung der Demonstration durch systematische Beschlagnahmung von Flugblättern und Transparenten ist ein massiver Angriff auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, wie er gerade von der reaktionären bayrischen Regierung immer häufiger versucht wird.

Infoladen Kellergeist
München



OFFENER BRIEF

vom Feb.94

Wir sind erschüttert und wütend über den im höchsten Maße rassistischen und unverschämten Umgang zweier Eurer Mitarbeiterinnen am Samstag, 05.02.1994, im Café am Grün mit uns. Das Verhalten der einen Weißen, die noch bis nach dem zeitlichen Beginn der Veranstaltung, welche ausschließlich für Schwarze Frauen und Migrantinnen angekündigt war, in den Räumen des Cafés für Unruhe und Verzögerung sorgte, endete damit, daß sie gegen die vorher mit den Veranstalterinnen abgemachten Bedingungen verstieß und eine Gruppe von elf Schwarzen Frauen und Migrantinnen für alle PassantInnen sichtbar im nicht verschließbaren Café zurückließ.

Wir halten es für absolut unverantwortlich und unsolidarisch, erstens Abmachungen nicht einzuhalten, besonders, wenn dadurch Menschen in Gefahr gebracht werden, und zweitens so respektlos und rassistisch die Interessen Schwarzer Frauen und Migrantinnen zu ignorieren. Ja, die Frauen zu degradieren zu "dummen Schwarzen und Ausländerinnen", denen weiße Frau die Unfähigkeit zur Benutzung eines Schlüssels unterstellt.
Wieder einmal wurde deutlich, wie wenig in Euren "linken" Kreisen Theorie mit der darauffolgenden Praxis zu tun hat.

Damit kommen wir zur zweiten Weißen, deren krankhaft rassistisch, patriarchales Verhalten die Disziplin der gesamten Schwarzen Gruppe auf eine harte Probe stellte. Erst störte sie die Veranstaltung ohne Klopfen oder ein Wort der Entschuldigung, um Kleingeld, welches aus einem Bündel 10,-DM-Scheine bestand (???), in die Kasse zu legen, und rief, um ihrer Respektlosigkeit uns gegenüber noch verstärkt Ausdruck zu geben, einer "Verantwortlichen" von uns eine degradierende, mütterlich hinweisende und absolut unnötige Bemerkung zu.
Ca. 1 1/2 Stunden später betrat diese Weiße wieder unaufgefordert und entgegen allen Abmachungen den Raum, bemerkte, daß sie jetzt schließen wolle und setzte sich demonstrativ mit einem Buch an einen der Tische. Wir teilten ihr mit, daß wir unsere Veranstaltung nicht fortführen und beenden könnten, solange sie im Raum sei. Sie aber ignorierte unsere Bitten und Hinweise und redete in höchst arroganter und autoritärer Stimme allein "mit" den zwei Veranstalterinnen. Göttin sei Dank fallen Schwarze Frauen und Migrantinnen nicht so leicht auf Spaltungsversuche weißer Frauen rein!

Um einen kleinen Eindruck der Stimmung wiederzugeben, sei hier kurz die weiße Frau zitiert:
"Setzt euch hin und macht weiter! Ich sitze nur hier, um euch anzutreiben, euch hinzusetzen und weiterzumachen!" (Wir hatten uns nach einer zweistündigen Diskussion eine Pause gegönnt...)
Eine der beiden Veranstalterinnen beschimpfte sie u.a. mit: "Du hast hier ja eh nichts zu melden!" und "Du wirst hier keinen Fuß mehr reinsetzen!"



Auch, daß das nicht wi[e] eine Veranstaltung aussähe, meinte sie, sondern eher wie ein Kuchenessen...
Schließlich schmiß sie uns auch verbal aus der Kneipe (nebenbei auch unter Androhung von Konsequenzen für die Veranstalterinnen. Wir konnten unsere Veranstaltung nicht beenden, weil es einer weißen Frau nicht gefiel, daß sie von ihr ausgeschlossen worden war.
Rassismus in "linken" Zusammenhängen, autoritäres Gehabe weißer Frauen Schwarzen Frauen und Migrantinnen gegenüber sind für uns nichts Neues und keine Seltenheit. Das Verhalten dieser Weißen aber übertrifft, was uns jemals - zumindes in "linken" Zusammenhängen - wiederfahren ist!
Das Verhalten beider weißen Frauen ist unverzeihlich, politisch unverantwortlich und peinlich für die sog. Linke Szene in und um Marburg. Veranstaltungen mit antirassistischem Anspruch kann und darf es in so von RassistInnen geprägten Räumlichkeiten nicht mehr geben!

Wir rufen auf zum Boykott gegen Eure rassistische Kneipe, in der Schwarze Frauen und Migrantinnen keinen Platz haben, ja sogar vor die Tür geworfen werden, weil sie Schwarze Frauen und Migrantinnen sind!

RassistInnen wie Euch muß Frau in "linken" Foren öffentlich machen!

Unterzeichnerinnen
Teilnehmerinnen des Workshops "Die Verbindung zwischen Rassismus und Krankheit"

Kontaktadresse:
Afrodeutsche Frauen und Migrantinnen
c/o AStA der JLU
Otto-Behaghel-Str. 25 D
35394 Gießen

P.S.: Dieser Brief ging zur Information an folgende Stellen: Buchladen Roter Stern (Am Grün), Café am Grün, Infoladen Gießen, Unzensiert.

OFFENER BRIEF II

Bis heute (23.3.1994) gibt es zum Offenen Brief vom Februar 1994, unterzeichnet von den Teilnehmerinnen des Workshops "Die Verbindung zwischen Rassismus und Krankheit", eine Reaktion des weißen Café-Kollektivs (und auch in anderen weißen "linken" und Frauen-Zusammenhängen) nur in Form von intrigenhaften Verleumdungen, Verdrehung der Tatsachen und Degradieren des rassistischen Verhaltens XXX (Mitfrau im Kollektiv) auf einen persönlichen Konflikt zwischen ihr und einer der Teilnehmerinnen.
Es gibt keinerlei Anzeichen einer kritischen internen Diskussion. Die notwendige offene politische Diskussion oder die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Gruppe der Teilnehmerinnen wird vom Café ebenfalls verweigert. Aus Angst vor Konsequenzen ist das Café-Kollektiv offensichtlich nicht in der Lage, eine solche Diskussion zu leisten.

Schwarze Frauen und Migrantinnen nicht ernst zu nehmen, verbal zu vernichten, ihre Bedürfnisse und politischen Forderungen zu ignorieren und politische Auseinandersetzungen mit Rassismus zu persönlichen Problemen und Belangen zu degradieren, hat in "linken" weißen deutschen Zusammenhängen und der weißen deutschen Frauenbewegung lange Tradition. Bis heute ist es diesen "linken" Zusammenhängen und weißen deutschen Frauen nicht möglich, Vorfälle wie den am 5.2.1994 in ihrer politischen Dimension zu erkennen, zu bewerten, ernstzunehmen und damit dem Anspruch einer antirassistischen Arbeit wenigstens näherzukommen.
Weit von diesem Anspruch entfernt ist auch das Café am Grün. Auf der einen Seite wirbt bzw. täuscht es mit Plakaten wie "Marburger Kneipen gegen Rassismus - Ausländer sind hier willkommen", auf der anderen Seite ist es in derselben Kneipe Schwarzen Frauen und Migrantinnen nicht gestattet, ihre vorher genehmigte Veranstaltung dann tatsächlich durchzuführen.
Wenn eine politische Aktion wie z.B. die XXX aber nicht als solche mit all den daraus resultierenden Konsequenzen bewertet und ernstgenommen wird, darf dieser Anspruch (in diesem Fall durch das o.g. Plakat ausgedrückt) nach außen und innen nicht vertreten werden. Mit dem Plakat wird ein Rassismus-freier Raum vorgetäuscht, die Realität im Café am Grün jedoch unterscheidet sich in keinster Weise von der Realität, wie in konservativsten "Institutionen" Weiße mit Schwarzen Frauen und Migrantinnen umgehen. Eine solche Täuschung aber macht es Schwarzen Frauen und Migrantinnen unmöglich, bei rassistischen Vorfällen (wie z.B. dem oben beschriebenen) vorbereitet zu sein und dementsprechend zu reagieren.

Wir, eine Gruppe Afrodeutscher Frauen und Migrantinnen, haben keine Lust auf das vom Café initiierte Spiel! Wir fordern die ernsthafte Auseinandersetzung - und zwar auf politischer Ebene (auch wenn Euch das schwerfallen sollte)! Wir verlangen, daß Schluß gemacht wird mit den niveaulosen Verleumdungen und der Verdrehung von Tatsachen von Seiten XXX und des Kollektivs!



Unterzeichnerinnen

Afrodeutsche Frauen und Migrantinnen Marburg/Gießen

Kontaktadresse:
c/o AStA der JLU
Otto-Behaghel-Str. 25 D
35395 Gießen

(Name der Frau wurde von der Redaktion unkenntlich gemacht.)

Zusatz an die, die den ersten Offenen Brief erhielten und es nicht nötig hatten, uns darauf zu antworten:

Daß es auf den Offenen Brief vom Februar nur von einzelnen weißen Frauen (und zum größten Teil in übelster Form) und vom Café gar nicht ernstzunehmend reagiert wurde, gilt auch für jene Gruppen, denen der Brief "Zur Information" zukam.
Außer dem Kasseler FrauenLesben-Referat an der Uni Kassel drückte uns gegenüber keine Gruppe ernsthaftes Interesse oder gar Solidarität aus. Auch diese Form der Ignoranz und des Nicht-Beachtens Schwarzer Frauen und Migrantinnen ist problematisch und traditionell, was den Umgang mit ihnen in "linken" weißen Zusammenhängen betrifft.

Ignorante Reaktionen sind schriftliche Kommentare an uns vorbei, die vom Wortlaut her an unsere Gruppe gerichtet, aber nicht an sie geschickt werden ("interessanter" Umgang...), und in denen in arrogant unbeteiligter Weise zum Offenen Brief "Stellung bezogen wird". Auf die vielen mündlichen Kommentare an uns vorbei werden wir hier und auch in Zukunft nicht eingehen, sie strotzen nur so vor Niveaulosigkeit und Rassismus.
Unkritische Reaktionen sind auch solche, die sich nur scheinbar mit dem Inhalt des Briefes beschäftigen, Wortklaubereien betreiben, damit sich nicht mit dem gerade für die "linke" weiße deustche Szene brisanten und wichtigen Inhalt des Briefes auseinandergesetzt werden muß.
Wir haben die Nase voll von den Zurechtweisungen - mit dem Wissen, daß wir damit viele Weiße vor den Kopf stoßen, deren Umgang mit Afrodeutsche Frauen und Migrantinnen von Zurechtweisungen jeglicher Art bestimmt war und ist.
Reaktionen, in denen Afrodeutschen Frauen und Migrantinnen jegliches Wissen und jegliche Erfahrung, was Rassismus betrifft,abgesprochen werden, indem die in den meißten Fällen nicht ernstzunehmenden von Weißen kreierten und angelesenen Definitionen von Rassismus als Maßstab gelten, sind anmaßend und autoritär. Und sie gehen, wie die Erfahrung beweist, willentlich an den Interessen Schwarzer Frauen und Migrantinnen vorbei.

Wir wollen und können Euch nicht zwingen, auf den Vorfall angemessen und ernstzunehmend zu reagieren. Ihr macht es durch Euer Verhalten aber notwendig, daß Euch Euer Umgang mit Schwarzen Frauen und Migrantinnen vorgeworfen und scharf kritisiert wird.

Einige Anmerkungen zu einem "durchgeknallten Amokläufer"

Am vergangenen Mittwoch,dem 9.März,wurden während eines Massakers im Amtsgericht Euskirchen 6 Menschen ermordet.Der Täter, ein 39jähriger Mann, schoß zunächst mit einer Pistole um sich und zündete anschließend eine selbstgebaute Bombe,welche ihn und andere in die Luft sprengte.
Die Massenmedien haben natürlich sofort mit ihrer üblichen abstoßenden und zynischen Berichterstattung begonnen.Da geht es dann nur noch um den "Thrill", die einmalige Sensation.Mehr Blut,mehr Tote,mehr Zerstörung - das alleine vermag in einer abgestumpften und an tägliche Gewalt aller Art gewöhnten Gesellschaft noch etwas Aufsehen zu erregen.
Aber es soll hier nicht vorrangig um Medienkritik gehen.Es soll vielmehr versucht werden,die Hintergründe dieses und ähnlicher Verbrechen näher zu beschreiben.
Wir glauben nicht an die "Erklärungen",die uns von den Medien präsentiert werden und die sich nach solchen Ereignissen immer gleichen.Da ist dann z.B. die Rede von einem "Wahnsinnigen"(BILD),von einem "Amokläufer"(überall),von "Haß,Wut,Rache"(Hamburger MOrgenPOst).
Um "Haß,Wut,Rache" mag es schon gegangen sein bei diesem Massaker.Aber WER hat da so einen Haß gehabt und auf wen? WER wollte sich rächen und warum? Und was für eine Gesellschaft ist es,in der solche Verbrechen passieren können?
Bei diesen Fragen ist es schwierig,in den Medien Antworten zu finden.Immerhin,einiges können wir erfahren:
- Der Täter stand vor Gericht wegen schwerer Körperverletzung,angezeigt von "seiner" Ex-Freundin,die er krankenhausreif geschlagen hatte.
- "Er war Sportschütze und liebte sein Auto."
- Er war "eher unauffällig."
- Er war "ein rabiater Eigenbrötler." (alles aus MOPO)

Nach diesen Informationen war der Täter also ein ganz normaler Durchschnittsmann.Denn:
MÄNNER,DIE "IHRE" FRAUEN SCHLAGEN,AUF WAFFEN ABFAHREN,IHRE AUTOS LIEBEN, "RABIAT" SIND (SPRICH:IHRE INTERESSEN AUCH MIT GEWALT DURCHSETZEN) UND BEI ALLDEM "EHER UNAUFFÄLLIG" SIND (SPRICH:IHR TUN IST GESELLSCHAFTLICH AKZEPTIERT),GIBT ES IN DIESEM LAND WIE SAND AM MEER!
Heißt das nun,daß die Straßen hier voll sind von potentiellen,ständig vom "Wahnsinn" bedrohten Amokläufern?
Nein.Wir glauben,daß die Straßen hier voll sind von mehr oder weniger gewalttätigen Männern,die sich jederzeit,wenn sie ihre Interessen oder ihre vermeintlichen "Rechte" in Frage gestellt sehen,in Killer verwandeln können.

Männer fühlen sich im Recht,wenn sie Frauen vergewaltigen,wenn sie sexuelle Gewalt gegen "ihre" Töchter ausüben.Sie sehen das,was sie tun,meistens nicht als Gewalt.Sie fühlen sich verfolgt und werden agressiv,wenn sie sich für ihre Taten verantworten sollen.
Männer machen sich im öffentlichen Raum (Fußwege,Kneipen etc.) breit,und sind ernstlich empört,wenn sich andere,vor allem Frauen,dasselbe Recht nehmen.
Heterosexuelle Männer rasten aus,wenn sie von anderen Männern mit freundlichen,interessierten Blicken bedacht werden."Du schwule Sau" - und schon wird zugeschlagen.
Heteromänner fühlen sich vor allem von lesbischen Frauen provoziert - und reagieren mit Verachtung und Agression:"Die müßten nur mal von einem Mann richtig rangenommen werden."

Männer werden in allen möglichen Situationen gewalttätig: Wenn "ihre" Frau **sich für andere interessiert,wenn sie bei der Sportschau gestört werden, wenn ihre Autos einen Kratzer abkriegen,wenn kein Bier mehr im Haus ist, wenn ihre "Männlichkeit" in Frage gestellt wird,wenn die Kinder nicht so wollen wie "der Herr im Haus" undundund...**
Wegen all dieser aufgeführten Sachen haben Männer schon geschlagen und getötet.Oftmals wegen nichts.

Was ist nun im Gericht in Euskirchen passiert?
Da würde ein Mann wegen Gewalt gegenüber einer Frau zu einer Geldstrafe verurteilt.Nicht immer haben Frauen den Mut,die Täter anzuzeigen.Und noch viel weniger ist sicher,daß Frauen dann auch Recht bekommen.Eher wird sich der Justizapparat ziemlich ignorant zeigen.
Aber in diesem Fall kam immerhin eine Geldstrafe heraus.Das ändert nichts an der geschehenen Gewalt,kratzt auch nicht an deren Grundlagen,hatte aber der betroffenen Frau vielleicht das Gefühl gegeben,das die Gewalt gegen sie auch als solche anerkannt worden ist und ein wenig Gerechtigkeit wiederhergestellt
Wir werden aber nie wissen,wie es dieser Frau damit gegangen ist,weil auch sie vom Täter erschossen wurde.
Der Mann kam mit den Waffen bereits zum Prozeß.Also wahrscheinlich mit dem Vorsatz,zu töten.
Und er verhielt sich durchaus so,wie viele Männer in anderen Zusammenhängen sich jeden Tag ebenfalls verhalten.Er **bestrafte** die Frau,die es gewagt hatte, ihn vor Gericht zu Verantwortung zu ziehen.Und er bestrafte den Richter - einen Richter,der,soweit wir das beurteilen können,die obligatorische Männerkumpanei,welche ansonsten häufig bei solchen Fällen vor Gericht herrscht, wenigstens etwas abgemildert hat.Und den Täter auch als Täter sah.
Wir denken,daß der Täter sich im Recht fühlte.Er wurde aus seiner Sicht ungerecht behandelt.Und er rächte sich.Es ist für uns kein Zufall,daß die anklagende Frau un der Richter im Gerichtssaal zuerst ermordet worden sind.
Nachdem aud diese Weise der Täter sein Recht durchgesetzt hatte,schoß er noch ein paar Mal um sich und zündete dann die Bombe,mit der er sich selbst tötete.
Uns erinnert das alles an schlechte Filme.
An Filme,in denen sich ungerecht behandelt fühlende Männer ebenfalls losziehen,mit der Waffe in der Hand,und sich ihr Recht holen wollen - eben mit der Waffe und notfalls alleine "gegen die ganze Welt".Und dabei dann auch eine Blutspur produzieren und am Ende sich selbst vernichten.
Das ist tatsächlich in einer gewissen Hinsicht wahnsinnig,hat aber weniger etwas mit irgendwelchen Defekten im Hirn zu tun als vielmehr mit der herrschenden Definition von "Männlichkeit".



...ne "Männlichkeit", die potentiell mörderisch ist und jeden Tag unzählige Opfer fordert.
Männer haben stark zu sein, lassen sich nichts gefallen, leisten was, sind rücksichtslos gegen sich und andere, sind heterosexuell, erobern Frauen, andere Länder, die Natur, die Welt, das Universum.
Wohlgemerkt, es handelt sich hier um eine vorgegebene Rolle. Die weitaus meisten Männer in der sogenannten westlichen Kultur bemühen sich aber weiter, dieser Rolle so gut wie möglich nachzukommen - auch wenn sie dabei ihre eigenen persönlichen Möglichkeiten des Menschseins verlieren und mit ihrer "Männlichkeit" eine erbärmliche Karikatur abgeben.
Ist nun die einseitige Festlegugng auf "männliche Eigenschaften" nur Dummheit der Männer oder ist dies eine notwendige Funktion im gesellschaftlichen System hier und auch anderswo?
Oder anders gefragt: Ist der Attentäter von Euskirchen ein durchgeknallter Irrer, der sich mit seiner Tat aus "unserer demokratischen Zivilisation" herauskatapultiert hat? Oder ist er nicht vielmehr im Rahmen einer "Kultur" geblieben, welche voll und ganz von sogenannten männlichen Werten geprägt und durchdrungen ist? Und hat mit seiner Tat diese "Werte" lediglich bis zu ihrer logischen und tödlichen Vollendung gebracht?
Er hat sich nichts gefallen lassen - männlich. Er hat gnadenlos zurückgeschlagen, als er von einer Frau -per Gericht- angegriffen wurde. Recht so, da hat er seine männliche Würde bewahrt. Und das er die Frau vorher geschlagen hat? Wird schon nicht so schlimm gewesen sein. Außerdem brauchen das Frauen (und Kinder) ab und zu, damit sie wieder parieren. Und am Schluß hat er noch tapfer die Verantwortung für seine Tat übernommen und sich männlich von dieser Welt weggesprengt...
Ja, fast ein Held also, dieser Mann - oder?
Es ist erschreckend, aber für uns nicht unbedingt überraschend, wie sich das Massaker bei näherer Betrachtung von einer individuellen Wahnsinnstat in die Übererfüllung von Teilen der hier herrschenden Idealvorstellung von "Männlichkeit" verwandelt. Und es ist auch erschreckend, wie wenig dieser Sachverhalt in der öffentlichen Diskussion erkannt und benannt wird.

Eher läßt sich in der massenmedialen Berichterstattung die Tendenz erkennen, den Täter möglichst schnell zu einem Monstrum hochzupushen, möglichst schnell soviel "Anormales" aus dem Leben des Täters auszugraben wie nur möglich.
So konnte die BILDZEITUNG zwei Tage nach dem Massaker, also am 11.3., erleichtert feststellen: "Wir haben es alle geahnt. Dieser Mann war nicht normal."
Dieses "Nichtnormalsein" bezog sich hauptsächlich auf die Entdeckung der Polizei, welche in der Wohnung des Täters ein ganzes Lager von Gummistiefeln fand, sowie auf Warnungen des Bruders schon lange vor der Tat.
Diese Frohlocken vieler öffentlicher Medien angesichts sogenannter "Abnormität" ist pure Heuchelei.
Mensch betrachte sich zum Beispiel einmal die hinteren Seiten der HH-MoPo. Sie sei hier stellvertretend für die gesamte sogenannte Boulevardpresse genannt.

Da wimmelt es unter der Rubrik "Treffpunkte" nur so von sexistischen, Frauen vollständig zur Ware degradierenden Kleinanzeigen. Wie auf einem Viehmarkt wird da die Ware angepriesen. (Dokumentation hinten).
Und wie ersichtlich, wird da auch durchaus für sogenannte "bizarre" Sexualpraktiken geworben. Es geht aber nun nicht darum, zu urteilen, was denn jetzt "normal" und was "moralisch verwerflich" sei.
Es geht darum, daß gerade diejenigen Medien, welche da am lautesten "Abnorm, Abnorm!" brüllen, ständig mit sexistischen Fotos (BILD) oder den schon erwähnten Anzeigen, sowie mit einer Form von verklemmt-aufgeilender-pornographischer Berichterstattung die vorhandenen sexuellen Schwierigkeiten vieler Männer ausnutzen und damit Geschäfte machen als auch sexistische Vorstellungen in den Männerkörpern und -köpfen erzeugen, zementieren, und verstärken. Die Frau als allzeit bereites und williges Objekt - wie viele Frauen mußten wohl schon für dieses absurde Medienbild bezahlen?
Wir glauben nicht, daß der Grund für das Massaker im Gummifetischismus des Täters gelegen hat. Ein Sexualleben, welches nicht der üblichen (Hetero-) Norm entspricht, ist erstmal kein Problem. Ein Problem wird jegliche Sexualität erst dann, wenn nicht vereinbarte Gewalt hinzukommt. Gewalt, welche in der Regel von Männern ausgeht. (Das gilt für jede Form von Beziehungen, nicht nur für sexuelle.)
Also - weg von den Gummistiefeln, hin zu der Tatsache, das der Täter offensichtlich in mindestens einer seiner Beziehungen schwer gewalttätig gewesen ist. In diesem Zusammenhang erscheint interessant, wie inzwischen bekanntgeworden, daß der Bruder des Täters bereits ein Jahr vor dem Massaker die Polizei gewarnt hat. Sein Bruder sei "gefährlich" und "abnorm". Der Grund für diese Warnung scheint genau in den Gewalttätigkeiten gegen die jetzt auch getötete Ex-Freundin gelegen zu haben. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum die Polizei damals anscheinend nicht reagierte. Liegt es womöglich daran, daß diese Gewalt im sogenannten "Privatbereich" existierte - sprich: es gilt nicht als angesagt, sich in "sowas" einzumischen, auch nicht für die Polizei?
Oder liegt es daran, daß in den Augen der Polizei der Täter durchaus nichts Gefährliches getan hat, weil diese Gewalt so alltäglich, normal und fast schon banal ist? Nicht systemgefährdend genug, ja sogar eigentlich toleriert wird?
(Im Gegensatz zu Frauen, welche beispielsweise militante Aktionen gegen Pornoläden unternehmen. Das ist Terrorismus.)
Oder liegt es vielleicht auch daran, daß, selbst wenn ein Beamter oder eine Beamtin solche Hinweise ernst genommen hätte, es keine angemessene Umgangs- und Unterbringungsweise für den Täter gegeben hätte? (Ja gut, den Knast oder die geschlossene Psychiatrie. Mal ganz abgesehen davon, daß es in der BRD nicht die Möglichkeit einer Präventivhaft für sexistische Gewalttäter gibt, sind beide Institutionen nicht mehr als reine Verwahranstalten und lösen keine Probleme, sondern verschlimmern die Bestehenden und schaffen noch zusätzlich neue. Das einzige ernstzunehmende Argument für eine derartige Einknastung liegt in den Sicherheitsinteressen von Frauen.) 2
Nein, für solche Männer gibt es tatsächlich faktisch keine therapeutischen oder sonstwie betreuenden Angebote und Orte, an denen auch die Sicherheitsinteressen von Frauen mit berücksichtigt werden. Es gibt kein Interesse der sogenannten etablierten Wissenschaft, sich mit gewalttätigen Männern und den zugrundeliegenden Strukturen näher zu beschäftigen. Gerade nicht, wenn es um sexistische Gewalt geht.
Und wenn sich dann doch zwangsweise damit beschäftigt werden muß, dann mit

Was verschleiernde (Pseudo-) Ergebnisse diser Forschung dann sind, läßt sich beispielhaft an nebenstehendem Artikel aufzeigen(aus dem "Weserkurier", 11.3.94).
Wir erfahren zunächst, aus welchen auffälligen Gruppen sich Amokläufer typischerweise rekrutieren. Aber werden daraus Schlüsse gezogen? Werden Schlüsse daraus gezogen, daß an erster Stelle die klassischen Männerbünde überhaupt, nämlich militärische Organisationen wie Armee und Polizei, solche Männer hervorbringen? Wird der Schluß gezogen, daß der männliche Waffenfetischismus keine harmlose oder gar liebenswerte Marotte darstellt, sondern Hinweis auf eine tief verankerte Faszination durch Gewalt sowie auf den Wunsch, sich Macht über Andere zu verschaffen, sein kann?
Nein. Zwar werden uns da Fakten präsentiert, welche anscheinend selbst durch gröbste Manipulation nicht zu wiederlegen wären. Aber bei den Folgerungen aus diesen Fakten wird hemmungslos jedem Bezug auf gesellschaftliche Strukturen ausgewichen. Sonst müßte ja vielleicht einmal die These aufgestellt werden, daß es der Zweck von militärischer Ausbildung an sich ist, Männern ihre vorhandenen Tötungs- und Zerstörungshemmungen zu nehmen und sie im Interesse angeblicher übergeordneter Werte, wie Staat, Vaterland etc., zu Killern zu machen. Und das es in diesem Verwandlungsprogramm zum soldatischen Mann schon angelegt und toleriert ist, daß dabei dann auch Amokläufer erzeugt werden. Es ist zwar kein gewünschtes Ziel - erwünscht ist, daß die Männer ihre Destruktivität im Krieg und auf Befehl äußern - , aber es ist eben auch kein allzu großes Unglück. Sicher, alle sind ganz furchtbar betroffen und es finden sogar staatliche Trauerfeiern statt. Aber allgemein dominiert dann doch ein Empfinden, ähnlich wie bei Naturkatastrophen.
So ein Amoklauf kommt halt plötzlich aus heiterem Himmel, aus völlig rätselhaften Gründen. Da läßt sich leider nichts gegen unternehmen.
Oder das vielleicht einmal der Schluß gezogen wird, Kriegsspielzeug und entsprechende Literatur nicht mehr für Jungs zugänglich zu machen, weil u.a. damit bereits im frühen Alter die Grundlagen für eine Faszination durch Waffen und die Bereitschaft, dieselben auch für die eigenen Interessen einzusetzen, gelegt und geweckt werden? Keine Chance. "Kleine Jungs wollen doch Cowboy und Indianer spielen, haben wir doch früher auch gemacht."
Und die militärische Ausbildung allgemein in Frage stellen? Das ist subversiv und könnte die gutdotierte PsychologInnenstelle gefährden.
Und diese schöne Formulierung "bei der Mutter lebende Einzelgänger"!
Ist es da nicht einmal an der Zeit, die patriarchalen Familienstrukturen mit ihren vielfältigen, deformierenden und verkrüppelnden Einflüssen auf ihre Mitglieder zu thematisieren? Ihre lebens- und sexualfeindlichen, dafür aber disziplinierenden und staatserhaltenden Wirkungen?
Und was hat es auf sich mit den "massiven Kränkungen" und dem "mangelnden Selbstwertgefühl"? Wäre es da nicht einmal angesagt, das Nichtäußernkönnen der eigenen Bedürfnisse und Gefühle bei uns Männern zu thematisieren? Unseren versteckten Selbsthaß; unser Unvermögen, Schwächen einzugestehen? Und müßten dann nicht auch einmal die Strukturen hinterfragt werden, durch die wir Männer hier derart geprägt und egozentrisch gemacht werden? [3]

Ja, all dies und noch mehr könnte mensch aus diesem Artikel und den darin verbreiteten Fakten folgern. Die Frage ist bloß, ob daran ein Interesse besteht. Oder ob lieber die allgemein verbreitete Meinung vom "Wahnsinnigen" mit ein bißchen Poppsychologie noch gestützt wird. Und dadurch suggeriert wird, daß es sich bei solchen Fällen letztlich um völlig individuelle Ausbrüche handelt, mit denen weder "wir" noch unsere so geschätzten Normen und Werte etwas zu tun haben. Äußerst "männliche" Normen und Werte einer patriarchalen Kultur. Und äußerst destruktive und tödliche.

So, zum Schluß wollen wir noch anmerken, daß dieser Text eine spontane Reaktion auf das Massaker darstellt. Viele Aspekte wurden nur angerissen, einige Begriffe sind vielleicht von ihrer Bedeutung nicht ganz klar.
Im Interesse, möglichst noch in einem nicht allzu weit entfernten zeitlichen Kontext zu der Tat was zu schreiben, haben wir das inkauf genommen. Wir wollen Diskussionen anregen und denken, daß das in einem Monat eher schwieriger sein würde, wg. Vergeßlichkeit, Abstumpfung, und Sensationsüberflutung durch die Medien.

Anmerkungen

zu 1: Wir denken, daß der Täter relativ zielgerichtet gehandelt hat. Neben der erwänten Ex-Freundin und dem Richter erschoß er auch noch einen Mann, der sich in der Vergangenheit einmal schützend vor diese Frau gestellt hatte und seine Tätlichkeiten unterband. Dieser Mann sollte nun als Zeuge gegen ihn auftreten.
Im übrigen dürfte der Täter mit einer Scheißegalmentalität gehandelt haben, so daß er auch den Tod Unbeteiligter in Kauf nahm.

zu 2: zu diesem Punkt siehe auch das Buch "Und bist Du nicht willig...Die Täter", von Ray Wyre u. Anthony Swift, Volksblatt-Verlag Köln, 1991.
Die beiden Männer arbeiten in England als Therapeuten mit (sexuell) gewalttätigen Männern und dokumentieren, wie sich bspw. verurteilte Vergewaltiger im Knast "Tips" geben und sich gegenseitig aufheizen.
Dazu finden wir es selbstverständlich, daß alle inzwischen gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen über die destruktive Wirkung von Knästen und Anstalten auch für diese Männer gelten müssen.

zu 3: zu diesem Punkt und zu der Darstellung der Tat auf Seite 2 noch folgende Informationen aus der "MoPo" vom 10.3.:
April 1979: Ein 5ojähriger Mann in Dieburg zog während einer Scheidungsverhandlung einen Revolver und schoß auf "seine" Frau und die Richterin. Die Frau wurde verletzt, er beging Selbstmord.
August 1992: Ein 52jähriger Mann in Landshut erstach in einem Unterhaltsprozeß die Anwältin der Ex-Frau.
Wir denken, es gibt noch mehr solcher "Fälle", welche sich nicht immer in Gerichtssälen abspielen. Aber das Muster dahinter - Frauen machen sich selbstständig, entziehen sich dem Zugriff von Männern, Männer "rasten" aus- ist doch ziemlich deutlich und hat Ähnlichkeit mit der Struktur des thematisierten Massakers.

Libertäre Männergruppe
c/o Sielwallhaus
Sielwall 38
28203 Bremen

Eine Woche Verschnaufpause für Frankreichs Jugendliche

■ Am Tag nach den Kantonalwahlen suspendiert Premierminister Balladur die Niedriglöhne für Jugendliche / Konservative behalten Mehrheit, Linke wird stärker

Paris (taz) – Hunderttausende SchülerInnen und StudentInnen mußten erst demonstrieren, vier Wochen verstreichen und zwei Durchgänge der Kantonalwahlen stattfinden, bis Premierminister Edouard Balladur den Niedriglohn für Jugendliche zurückzog. Gestern war es soweit: Der konservative Premierminister verkündete nach einem mehrstündigen Gespräch mit Jugendlichen: Die beiden Dekrete zur „Eingliederung in den Arbeitsmarkt" (CIP) werden für eine Woche außer Kraft gesetzt. Er werde nun nach neuen Lösungen für die Arbeitslosigkeit suchen, die in Frankreich knapp ein Viertel der unter 25jährigen betrifft.

SprecherInnen der StudentInnen bezeichneten den Rückzieher als einen „ersten Schritt in die richtige Richtung", riefen ihre KommilitonInnen jedoch zu „Wachsamkeit" auf. Den Aufruf zu ihrer nationalen Demonstration am Donnerstag hielten sie aufrecht. Sie wollen solange durchhalten, bis das Projekt Niedriglöhne für Jugendliche endgültig gestrichen ist.

Bereits am Sonntag abend hatte Balladur wenige Minuten nach Schließung der Wahllokale angekündigt, er wollen den „Dialog mit der Jugend" intensivieren. Zu den Ergebnissen der Kantonalwahlen äußerte er sich nur mit einem knappen: „Wir können zufrieden sein."

Im zweiten Durchgang der Kantonalwahlen haben die konservativen Parteien 52 Prozent der Sitze errungen, die SozialistInnen und ihre Verbündeten gewannen sieben Sitze hinzu und kamen auf 36.6 Prozent. Für die KommunistInnen stimmten 7.7 Prozent, für die rechtsextreme Nationale Front 2.6 Prozent, die Umweltparteien blieben unter 0.5 Prozent. Die Wahlbeteiligung war mit 58 Prozent etwas niedriger als beim ersten Durchgang eine Woche zuvor.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei (PS), Michel Rocard, zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden. Die PS konnte sich gegenüber den starken Stimmenverlusten der Parlamentswahl im vergangenen Jahr erholen. Der Parteichef sprach von einer „großen Überraschung", daß „die traditionellen Kräfte der Linken" so rasch wieder hätten aufholen können. Es sei selten in der französischen Politik, daß sich eine als sicher geglaubte Niederlage in eine „absolut unerwartete Situation umkehre".

Das gute Abschneiden der rechtsextremen Nationalen Front (FN) in mehreren Kantonen übergingen die Sprecher von SozialistInnen und Konservativen in ihren Kommentaren zum Wahlergebnis. Die Partei von Jean-Marie LePen hat in den Städten Dreux im Nordwesten von Paris und in Toulon in Südfrankreich jeweils über 50 Prozent der Stimmen für ihre KandidatInnen gewonnen.

Dreux, wo Marie-France Stirbois wiedergewählt wurde, gilt als die traditionelle Hochburg der Partei. In der vergangenen Woche hatten sich in Dreuz alle konservativen und linken Parteien zu einer „republikanischen Front" zusammengefunden, die den sozialistischen Gegenkandidaten von Stirbois unterstützte. Dennoch reichte die Disziplin der WählerInnen nicht, um die rechtsextreme Kandidatin zu verhindern – sie bekam 54 Prozent der Stimmen.

In Toulon kam der FN der Mord an der Parlamentsabgeordneten Yanne Piat zunutze. Die „Sauberfrau der Côte d'Azur" und ehemalige FN-Politikerin war vor einem Monat in einem offensichtlich politisch motivierten Attentat erschossen worden.

Die – bislang erfolglosen – ErmittlerInnen haben auch zahlreiche konservative Lokalpolitiker als mögliche Hintermänner im Visier. Einer der Verdächtigen ist der Konservative Maurice Arreckx, der langjährige enge Kontakte zum lokalen Milieu haben soll. Arreckx verlor im zweiten Durchgang der Kantonalwahlen gegen die FN-Politikerin Eliane de la Brosse.

Ihr politisches Programm ähnelt dem der Ermordeten Piat: Sie will die Côte d'Azur von zwielichtigen und mafiösen Elementen befreien.

Dorothea H




Das Antifa-Infoblatt Nr. 26 ist Mitte März 1994 erschienen.

Die Schwerpunkte sind:

* "Innere Sicherheit": Briefbomben in Österreich und Verhältnis der Polizei gegenüber den Nazis, Anti-Antifa der Militanten und der Konservativen, Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen und Nazis
* Interview mit zwei UnterstützerInnen der Gefangenen wg. des Mordvorwurfs an dem Faschisten Kaindl
* Die Neue Rechte: "Bund freier Bürger"
* Nazi Rock: "Moderne Zeiten" als versuchte Zusammenarbeit zwischen Neue Rechte und Bonehaed-Szene
* Roma in Europa
* Situation in Italien

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Das Antifa-Info ist für 5,- DM + 1,50 DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.

Kontaktadresse:
Antifa-Info, c/o L.Meyer
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Frankreichs Schüler und Studenten wollen ihre Proteste fortsetzen

270 Festnahmen bei Demonstrationen gegen das Niedriglohngesetz

PARIS, 26. März (dpa). Frankreichs Schüler und Studenten wollen ihren Protest gegen den von der bürgerlichen Regierung verordneten Minimallohn, der arbeitslosen Jugendlichen bessere Beschäftigungschancen verschaffen soll, fortsetzen. Für kommenden Donnerstag wurde zu neuen Massenkundgebungen aufgerufen. „An jedem Tag weitet sich die Bewegung aus", betonte ein Koordinationsausschuß in Paris am Sonnabend. Bei den Protestaktionen des Vortages, an denen sich in über 40 Städten mehr als 200 000 Menschen beteiligt hatten, war es teilweise zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. 270 Personen wurden festgenommen.

„Die Regierung muß ihre Dekrete ändern", begründete der Koordinationsausschuß seinen Appell. Dabei geht es um Verordnungen, die eine Beschäftigung von Jugendlichen bei gleichzeitiger Ausbildung in den Betrieben unterhalb des ansonsten gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns vorsehen. Die jungen Leute sehen darin eine Abwertung ihrer Diplome, die Gewerkschaften unterstützen den Protest, weil sie eine Abkehr vom Prinzip des gesetzlichen Mindestlohns ablehnen.

Zunehmend haben sich der Protestbewegung inzwischen auch die Universitäten angeschlossen. Der Aufruf vom Sonnabend wurde von 16 der 17 Hochschulen in der weiteren Umgebung von Paris sowie 22 anderen Universitäten unterstützt. Der Koordinationsausschuß will am Donnerstag auch über weitere Schritte nach Ostern beraten.

Zwischenfälle hatte es nach den Protesten vor allem in Paris, wo über 30 000 Menschen demonstriert hatten, in Rennes und Nantes gegeben. Im westfranzösischen Nantes dauerten die Unruhen bis Sonnabend früh an, dabei entstand erheblicher Sachschaden. Am Morgen waren noch 36 Personen in Polizeigewahrsam.

PROTEST. In Paris kam es zu teilweise gewaltsamen Ausschreitungen. Foto: dpa

Hungerstreik in Plötzensee

Inhaftierte Frauen planen in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee einen Hungerstreik. Wie am Freitag bekannt wurde, werden etwa 20 bis 30 Insassinnen des Hauses 2 ab Sonnabend jegliches Essen verweigern. Damit wollen sie gegen die Zustände in der Haftanstalt Plötzensee und die Willkür der Aufsichtsbeamten demonstrieren.

26/27.



Aktion gegen rechtsextreme Zeitungen

Etwa 20 Jugendliche blockierten gestern nachmittag den Zeitungskiosk im S-Bahnhof Baumschulenweg, um gegen die Verbreitung rechtsextremer Zeitungen zu protestieren. Initiiert war die Aktion von der Treptower Stadtteilgruppe „Jugend gegen Rassismus in Europa". Mit der Blockade, die im Bezirk fortgesetzt werden soll, sollen Händler dazu bewegt werden, die rechtsextremen Blätter aus dem Angebot zu nehmen. Foto: Studr



Zwei wachsame, dienstbeflissene **Polizeibeamte** haben sich von einer Anhalterin am Autobahnkreuz Dortmund-Süd ihren Streifenwagen klauen lassen. Die beiden Herren hatten die Personalien der Frau feststellen wollen, die das gar nicht toll fand und statt dessen in den leeren Streifenwagen sprang und davonbretterte. Die beiden Polizisten mußten sich daraufhin per Autostopp zur nächsten Wache durchschlagen. Die schnelle Unbekannte fuhr den Wagen dann zur Strafe wenige Kilometer weiter zu Schrott und entkam offenbar unverletzt.

Faschisten in Fulda

Fulda, am 14. August 93: Nicht Fuldas rechter Erzbischof Dyba sorgte an diesem Samstagabend für bundesweite Schlagzeilen. Vor seinem Dom postierte sich dieses Mal die versammelte Faschistenszene - und die Polizei schaute zu. Inzwischen gibt es eine zweiteilige Dokumentation der Ereignisse um diesen Naziaufmarsch. Für zehn Mark bekommt ihr beide bei: Druck und Verlag Zeitdruck, Postfach 105, 36001 Fulda.



KOB

FRAUENBUFFET

4.April,ab 11 Uhr
Potsdamerstr.157

YORKSTRASSE 59

Fr.1.April:
CUBA-Solifete

Fr.,1.April,20 Uhr.
Cu
CUBA-Solifete

Sa.,16.April,
Internationalistische Solifete

VV zum 20.4.und
1.5.
Do.14.4. 20 h
Versammlungsraum
Mehringhof

Clash

Montag, 4.4.94, 21.00 Uhr Antifaschistische dokumentarfilmreihe: "Ernst Busch singt", von Konrad Wolf, Teil 1: "Die Büchse der Pandora". Defafilmreihe zur Entwicklung des deutschen Faschismus.

Donnerstag, 7.4.94, 21.00 Uhr "Bagdad Café", (bayr./eng. OF.) mit Marianne Sägebrecht.

EX·KÜCHEN COMBO

PRÄSENTIERT

Montag,den 4.April
ab 12 Uhr

OSTERBUFFET

und abends ab 20 uhr:

COCINA DEL DIABOLO
mit etwas Besonderem

Auch für 1994 gilt:
DAS PRIVSTE IST POLITISCH
Informationsveranstaltung
für interessierte Männer zu
MÄNNER-RADIKALEN-THERAPIE (MRT)
8.4.94 im KuS (Selbsthilfe-
zentrum Neukölln-Rixdorf)
Beginn: 19.30 uhr (dauer ca. 3 Std.)

Club der Verdrängten

Aktionsbündnis gegen Ausgrenzung, Sicherheitswahn und soziale Säuberung

Ein neues hoffnungsvolles Aktionsbündnis ist entstanden und sucht natürlich noch eine Menge MitstreiterInnen

Anlaßlich der zunehmenden Diskriminierung und der organisierten Ausgrenzung von MigrantInnen, Obdachlosen, Drogensüchtigen, Prostituierten, Erwerbslosen, Armen und anderen stigmatisierten Menschen in dieser Gesellschaft denken wir, daß es an der Zeit ist, uns zusammenzutun.

Nur gemeinsam können wir wirksam Widerstand leisten gegen die ganze Bandbreite der Ausgrenzungspolitik von Unsozialpolitik, Arbeitsvernichtungspolitik, Abschiebepolitik bis hin zu alltäglichen "Säuberungsaktionen" durch Bullen, BGS und private Sicherheitsdienste

Insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungsumzug und die zahlreichen Wahlen des Jahres '94 soll offenbar die "Innere Sicherheit" der Hauptstadt Berlin hergestellt werden, indem mißliebige Bevölkerungsgruppen mittels staatlicher Gewaltanwendung von der Bildfläche gefegt, kriminalisiert und unter massive Dauerkontrolle gestellt werden. Wir sind nicht bereit, dieses faschistoide Denken und Handeln der verantwortlichen Ausgrenzungsmafia hinzunehmen und planen deshalb im Mai gemeinsame Aktionstage: Infostände, verschiedene Theateraktionen, Straßenfeste und diverse andere kreativ-provokative Maßnahmen - zentral oder dezentral - sind vorgesehen, den Abschluß soll eine Großdemonstration im Innenstadtbereich bilden.

Es geht uns um die Schaffung eines Bündnisses der Ausgegrenzten und Deklassierten, die ansonsten üblicherweise nur gegeneinander aufgehetzt werden.

Das nächste Bündnistreffen findet am

Dienstag, den 12.4.94, 19.30 Uhr

im "Blauen Salon" des Mehringhofs, Gneisenaustr. 2 a, Kreuzberg, 2. Hinterhof, 3. Aufgang statt.

Wir halten es für wichtig, daß sich noch viel mehr Gruppen mit ihren Erfahrungen und Aktionsideen einbringen.

Zum Bündnis rufen bisher auf:
AG Schutzwachen / Antiapartheidsbewegung / Antiolympia Komitee / Antirassistische Initiative / AK Obdachlosenhilfe / ARAB / ASta FU (Sozialreferat) / Babylonia / Brücken Ini / Fachschaftsini Medizin FU / Frauen für Südafrika / Forschungs- und Dokumentationscentrum Chile und Lateinamerika / Hydra / Ini gegen Asylbewerberleistungsgesetz / Straßenkinderkomitee / Unter Druck / Wir Bleiben Alle

FUSSBALL::FUSSBALL::FUSSBALL::FUSSBALL

Termine Antirassistische Fankoordination im Bündnis "KEIN LÄNDERSPIEL AM 2o. APRIL"

Sa, o2. April 1o bis 17 Uhr
ANTIFA-FUSSBALLTURNIER
Köpenick, Allendeviertel
Wendenschloßstraße 5o

So, o3. April, 19 Uhr
BÜNDNISTREFFEN
Mehringhof,Versammlungsraum

Fr, o8. April, 19 Uhr
FUSSBALL UND RASSISMUS
mit. D. Schulze-Marmeling
Mehringhof, Versammlungsraum

Sa, o9. April, 13 Uhr
DEMO "Kein Länderspiel am 2o.April"
Rotes Rathaus, Spandauer Str., Oranienburger, Tucholsky, Auguststr., Rosenthaler Str./Platz, Brunnenstr., Veteranenstr., Zionskirchplatz, Kastanienallee, Schwedter Str., Abschluß Senefelder Platz

Mi, 12. April, 2o Uhr
Haus der Demokratie, Saal
SEARCHLIGHT (engl. Antifa-Magazin) stellt sich vor:
-Faschisten und Hools in England
-Strategien von British National Party und militanten Rechten in den Stadtteilen
-Überblick Antifa-Szene in GB

Gleicher Tag, vormittags: Kundgebung vor der Geschäftsstelle des Berliner Fußballverbands, achtet auf weitere Ankündigungen

Mo, 18. April, 19 Uhr
Kob, Potsdamer Str. 157
FUSSBALL und ANTIFA -
Strategien für die Zukunft

Das Bündnis sowie die Fankoordination sind Montag bis Freitag unter Telefon 2292912 von 17 bis 2o Uhr erreichbar.
Der englische Fußballverband hat eine Absage des Spiels in Aussicht gestellt. Um ihn darin zu bestärken, könnt Ihr ihm ein Fax schicken und Eure Meinung mitteilen: Football Association
oo44-71-4o2o486

Nachtrag Termin:

Sa, o2. April, Hertha - Rostock
18 Uhr, VoKü & Sportschau im Fanladen Anstoss, Brunnenstr. 7, Mitte (U-Bhf. Rosenthaler Platz), Treffen mit Rostocker Fans & Antifas

AK- Kraak

(die neue)
Samstag,den

Samstag,2.April,20.30 Uhr
im Syndikat,Weisestr.56,
Neukölln



Kein Länderspiel am 20.4 !

Falsche Zeit! Falscher Ort!

Keine Plattform für FaschistInnen!

Aktionstage ab 9.April 94:

Großdemonstration 9.4.94

13.00 Uhr, Rotes Rathaus